



MAI 1933

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Winkler u. Dr. Franz Lüdke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E. V. Berlin W. 30.

Ercheint wöchentlich, einmal. Bezug: Durch die Post niederländisch, 1.50 RM. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreise: Für jeden Millimeter Höhe der Spalte. Seite 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen-, u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den 3. u. auf Textbreite 1.20 RM.

Nr. 14.

Berlin, 31. März 1933.

14. Jahrg.

Inhalt: S. 15: Viermächtepakt und Ostrevision. / S. 120: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 127: Warschau — das Zentrum der hitlerischen Bewegung. — Die Vorgänge von Julius Seibert. / S. 128: Zu Dörfel'scher — Meinungsäußerung über die Ostmarken. — Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 129: Nationalpolitische und Ostmarken. — S. 130: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 131: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 132: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 133: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 134: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 135: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 136: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 137: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 138: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 139: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 140: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 141: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 142: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 143: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 144: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 145: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 146: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 147: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 148: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 149: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 150: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 151: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 152: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 153: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 154: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 155: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 156: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 157: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 158: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 159: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 160: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 161: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 162: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 163: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 164: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 165: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 166: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 167: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 168: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 169: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 170: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 171: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 172: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 173: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 174: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 175: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 176: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 177: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 178: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 179: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 180: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 181: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 182: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 183: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 184: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 185: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 186: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 187: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 188: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 189: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 190: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 191: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 192: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 193: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 194: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 195: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 196: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 197: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 198: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 199: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes. / S. 200: Die Ostmarken im Urteil des Auslandes.

Viermächtepakt und Ostrevision.

Adolf Hitler hat in seiner großen Reichstagsrede am 23. März zu dem Viermächtepakt Mussolinis mit folgenden Worten Stellung genommen: „Wir messen diesem Plan erstliche Bedeutung bei. Wir haben bereit, auf seiner Grundlage in voller Aufrichtigkeit mitzuwirken, um die eine friedliche Zusammenarbeit zwischen England, Italien und Deutschland zu einer friedlichen Zusammenarbeit zusammenzuführen, die mutig und entschlossen an die Aufgaben herangeht, von deren Lösung das Schicksal Europas abhängt.“ Am gleichen Tage hat Macdonald im englischen Unterhaus in seinem Bericht über die Mussolinischen Diktatorreden u. a. erklärt: „Wir haben uns verpflichtet, Deutschland die Gleichberechtigung zu geben. Die Zeit ist vorüber, in der irgendeine Kombination von Mächten ein europäisches Volk durch Verpflichtungen niederhalten kann, die dieses Volk als unvereinbar mit seiner Selbstachtung und seiner Ehre ansieht.“ Deutschland, Italien und England sind also zu gemeinsamen Diktatorreden gekommen, die die Vereinigung der europäischen Atmosphäre auf der Grundlage des Viermächtepaktes (besser genauer: Jahrbuch der Öffentlichkeit) übrigens immer noch nicht bekannt ist) bereitet. Es fehlt also noch Frankreich. Auf dessen Mitgehen ist allem Anschein nach nicht zu rechnen. Frankreich liegt in dem „Plan Mussolinis“ einen Anstoß auf seine europäische Vormachtstellung, die es innerhalb der Organisation des Völkerbundes, wo es die Stimmen seiner Erbkamern in die Waagschale werfen kann, weit besser geliebt weiß als in einem Viermächtepakt, in dem es sich unter Umständen einmal einer deutsch-englisch-italienischen Koalition gegenübergestellt sehen könnte. Der französische Ministerpräsident Daladier hat ganz offen erklärt, daß Frankreich nicht in einen Viermächtepakt eintreten könne, zu dessen Kontrollorganen zwei Staaten mit Revisionssubjektionen, nämlich Italien und Deutschland, gehörten, in dem Frankreich daher von dem Schicksalsstrahl Englands abhängig wäre. „Von dieser Einstellung ausgehend, hat die Pariser Regierung sofort alle Hebel in Bewegung gesetzt, um dem Plan Mussolinis seine eigentliche, fortwährende Bedeutung zu nehmen, die darin besteht, daß hier einmal der erste Versuch gemacht wird, die Kriegslage dringlichster europäischer Angelegenheiten aus dem unerschütterlichen Gerüst des Völkerbundes herauszunehmen und einer Aktionsfähigen Gruppe von Großmächten zu überlassen. Die Idee steht in der Tat vor allem in der Einschaltung der Kleinen Entente und Polens voran. Sie wäre wohl auch, um zu erreichen, zu erreichen, bereit, der italienischen Regierung ziemlich weitgehende Zugeständnisse in der Kolonial- und Flottenfrage zu machen. Sie stellt damit die oft betonte deutsch-italienische Freundschaft auf eine recht verlässliche Probe.“

Eine logische Ursache ist durch den Mussolinischen Diktatorschlag in dem mit Frankreich verübenden Ostmarken entstanden. Die erneuerte Kleine Entente hat hier zum erstenmal die Realität ihrer Danksagen bemerkt: Die Außenminister ihrer drei Mitgliedsstaaten haben sich in einer ungewöhnlich scharf gehaltenen Erklärung gegen jede Revision der Diktate und gegen jeden Versuch der vier Großmächte, unter sich

eine auch für die kleineren Mächte verbindliche Einigung in der Revisions- und Abtrübnisfrage herbeizuführen, gemacht. Weiter ist bereits die polnische Regierung gegangen. Sie hat wieder einmal, wie es schon häufig passiert ist, den zweiten Schritt vor dem ersten getan und, ohne erst die weitere Entwicklung abzuwarten, schon ihre ersten Proteste ausgesprochen. Der zum Vizepräsidenten in Rom ernannte Graf Potocki hat — auf Weisung von oben — demittiert. Er hat die polnische Vizekonsulatsstelle in Rom wohl vorerst unbelegt lassen dürfte. Das ist eine ebenso deutliche wie plumpe Demonstration. Ihre Unzufriedenheit mit diesem Viermächtepakt hätte man der polnischen Regierung auch ohne dieses Mandat geglaubt. Übrigens wäre es weit eindrucksvoller gewesen, wenn die Warschauer Regierung einen ähnlichen demonstrativen Schritt in London unternommen hätte, wo mehr polnische Interessen am Spiel leben als in dem polnisch ferngelegenen Rom. Es liegt auf der Hand, daß sowohl die Staaten der Kleinen Entente wie auch Polen in ihrem Protest gegen den Viermächtepakt im engsten Einvernehmen mit Paris gehandelt haben, das sich hier wieder einmal seiner interesseliefernden Erbkamern bedient, um sich aus der peinlichen Situation zu befreien, in der es gegen die „befreundeten“ Regierungen in London und Rom auftreten zu müssen. In Prag, Bukarest, Belgrad und Warschau ist man natürlich gar bereit, dem verurteilten Staatsrecht, dem Führer der Antirevisionisten, in dieser Angelegenheit den Rücken zu kehren — am wenigsten wohl in Bukarest und am meisten in Warschau. Belgrads hier erst man sich mächtig darüber auf, daß durch den Mussolin-Plan das alte „Konzept der Mächte“ wiederhergestellt werden soll, das den mittleren und kleineren Staaten ihre Politik und ihr Schicksal diktiert. Man ist empört darüber, daß Hitler, Mussolinis und Macdonald so wenig Abtug vor der polnischen „Großmachtsstellung“ bekunden und von Polen erwarten, daß es „sich einem Diktat der weltlichen Großmacht fügen“. Diese Enttäuschung wirkt, gerade wenn sie von polnischer Seite kommt, etwas peinlich. Wie war es denn in Versailles? Wer dort eine von einer völkerrechtlichen Verwirklichung des demokratischen Prinzipes die Rede, das dem Kleinen und Schwachen dieselben Rechte wie den Großen und Starken zubilligt? Die Polen sollten bedenken, daß sie den Besitz ihrer heutigen Weltgebiete nicht einem demokratischen Polener, sondern dem Mandatdiktat der „Großen Vier“ zu verdanken haben, und daß sie gar keinen Anstoß hätten, die Methoden der internationalen Politik zu bekräftigen, wenn jetzt die Fehler von damals, die jetzt von der Welt mit hinreichender Klarheit erkannt worden sind, durch ein anderes Viermächtegerüst wieder gutgemacht werden sollten. Und was die „Beiligkeit der Verträge“ anlangt, die für stets im Munde führen, so hat ihnen Mac Donald hierauf kürzlich die polnische Antwort gegeben, als er sagte: Alle Verträge sind beilig, aber keiner ist ewig!

„Man muß endlich der Wahrheit ins Gesicht sehen“, schrieb der „Kurjer Dymanski“. „Die Revision der Erbkamern hat schon aufgehört, nur ein Agitationsstempel zu sein; sie ist schon das Thema offizieller diplomatischer Gespräche geworden. Die neue Verwirklichung zwischen den vier Mächten soll die Revision erleichtern, die vor dem Völkerbunde auf Grund des Art. 19 undurchführbar sein würde.“ Das polnische Mißtrauen gegen den Diktatorschlag ist durchaus begründet. Die „Proffe der westeuropäischen Länder hat noch niemals in

lorder Offenheit und Selbstherrlichkeit über die Befestigung des Weichselkorridors gesprochen sei. Auch hat, wie Macdonald in seiner Unterbaurede erklärte, Mussolini ausdrücklich betont, daß der Art. 19 der Völkerbundsverträge, der die Revisionenmöglichkeit der Friedensverträge behandelt, kein „Gefährdender Artikel“ sei, sondern „lebendiges Kraft und lebendiges Leben“ bezeige; was die Ägypte ebenfalls „Sinnvolle“ dahin ergänzte, daß der italienische Regierungsherr ein „Mittel“ sei, um die Weichselkorridore für unbedingt notwendig halte und daß er in dieser Hinsicht an die Schaffung eines die Verbindung Reich—Ostpreußen sichernden deutschen Korridors durch den polnischen Korridor denke. Und von der Unterbaurede des englischen Premierministers erklärte sich der „Commons“, das offiziöse Blatt der Pariser Regierung, „schmerz enttäuscht“, denn diese Rede habe Frankreich zu verlegen gegeben, daß Macdonald die Revision der Verträge für wichtiger halte als die Friedensgarantieren, die Frankreich „so sehr am Herzen liegen“.

Es bleibt vorerst noch bei Vermutungen und Kombinationen. Aber man kann doch wohl schon mit einiger Bestimmtheit annehmen, daß die Regierungen sowohl in Rom wie in London die Notwendigkeit einer Revision der deutschen Ostgrenzen und das Recht Deutschlands auf diese Revision grundsätzlich bejahen. Das bedeutet allerdings noch nicht, daß Rom und London den geeigneten Zeitpunkt für eine Revision schon jetzt für gekommen erachten. Die Diktatorrevision, schreiben die Londoner „Times“, sei bei der englisch-italienischen Zusammenkunft in Rom als das größte und dringendste politische Problem anerkannt worden. Die genaue Art der Forderung der Revision des Ostpreußenproblems müsse sorgfältig und in aller Ruhe zwischen den verschiedenen europäischen Kabinetten ausgearbeitet werden. Auch bei dieser Äußerung der „Times“, in der die Notwendigkeit und Möglichkeit einer Revision als selbstverständlich festgehalten wird, bleibt die Frage noch ungeklärt, manu revidiert werden soll, ob die Revision eine Voraussetzung des vorgeschlagenen politischen Waffenstillstandes sein oder ob sie erst nach dessen Abschluss, also nach zehn Jahren, in Angriff genommen werden soll. Auf das Letztere gemeint, so läßt sich Deutschland wieder, wie schon mehrfach, der Forderung der Gegenseite nach einem beschränkten Oltomarno gegenüberstellen. Daß der Widerstand gegen ein derartiges Abkommen im deutschen Volke stark und lebendig ist, hat die Erhebung der letzten Jahre hinreichend demonstriert. Er ist jetzt ganz gewiß nicht weniger lebendig und nicht weniger stark als vor zwei Jahren, als Tawal den Gedanken eines politischen Waffenstillstandes zum ersten Mal in die Debatte warf. Das Recht Deutsch-

lands auf Revision besteht fort. Sein Wille zur Revision kann durch nichts beeinträchtigt werden. Seine Fähigkeit zur Revision ist eine Frage der Zeit.

Deutschland und England haben den Viermächteplan Mussolinis grundsätzlich gebilligt. Deutschland und Italien haben unter Vorbehalt, die vor allem Deutschland annehmen mußte, den Abrechnungsplan Macdonalds jümpflich beurteilt. Italien und England erkennen die Wichtigkeit der deutschen Revisionserforderung an. Man sieht also in diesen drei Punkten den entscheidenden Wichtigkeit an gemäßigtes, einheitliches Verhalten Deutschlands, Italiens und Englands festhalten. Dieses Dreieck Berlin—Rom—London stellt zwar noch lange keine greifbare multilaterale Wirklichkeit dar; es läßt sich aber doch schon auf dem politischen Schlachtfeld Europas als ein zukünftiger Gestaltungsfaktor erkennen. Es entspricht der außenpolitischen Konzeption Adolf Hitler's ebenso sehr wie derjenigen Mussolinis, während im Vereinig. Offiziers noch mancherlei Hemmungen, sich aus der französischen Gefolgschaft zu lösen, bestehen. Seine Verwickelung würde eine Umgestaltung der europäischen Weltlage bedeuten und damit auch die Voraussetzungen für eine Durchführung der Ostrevision grundsätzlich verändern. Man wird den Mussolinischen Vorkurschlag vielleicht dann erst richtig verstehen, wenn man ihn als ein Angebot an Frankreich aufstellt, so möglich, ob es sich dieser neuen politischen Kräfteverteilung in Frieden einzugestehen bereit ist oder ob es weiter — gestützt auf seine Verbündeten in Ost — an dem Hegemonienkampf festhalten will, ob es — spezieller ausgebrochen — von Polen abziehen oder den Korridor unter allen Umständen gegen jeden Revisionsversuch verteidigen will. Die Antwort der Polen, auch ein Duoi d'Ordon von vornherein verstanden worden zu sein. Und es ist eigentlich von Anfang an selbstverständlich gewesen, daß Frankreich nicht auf den Vorschlag eingehen würde. Das antwortete sich der französischen Unbeglücktheit in dieser grundsätzlichen Frage der europäischen Politik noch auch vom ersten Tage an ziemlich sicher gewesen. Frankreich, so hat der Außenminister Paul-Boncour dem Vertreter der offiziellen „Soyez Polka“ überliefert, werde keine Verpflichtungen übernehmen, eher den grundsätzlichen Erfordernissen der politischen Welt-Rechnung zu fragen. Wie die Dinge jetzt noch liegen, werden wohl diejenigen Verfasser politischer Kreise nicht behalten, die dem Plan Mussolinis ein „Begrüßtes erster Klasse“ vorausgesetzt haben. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß hier zum ersten Male praktisch die Möglichkeit einer neuen politischen Gliederung in Europa herausgestellt worden ist, als deren eigentlich treibende Kraft man zweifellos die nationale Erhebung in Deutschland ansprechen darf. Dr. R.

Die Ostgrenzen im Urteil des Auslandes.

Logton: Rückgabe des Korridors.

Der bekannte englische Nationalökonom und Herausgeber des „Economist“ hat sich in einem Artikel für die Rückgabe des Korridors an Deutschland ausgesprochen. Er ist freilich der Ansicht, daß diese Rückgabe an verschiedene Bedingungen zu binden sei. Polen solle im Besitz des Schingerer Ostens bleiben; dieser Ostens solle mit dem polnischen Staatsgebiet durch eine internationalisierte Bahnhofszone verbunden sein. Deutschland habe vollständig auf weitere Revisionen, insbesondere auf die Rückgabe Ostoberschlesiens, zu verzichten!

Hamkin: Neutralisierung des Korridors.

Der internationale Rechtsfachverständige Hamkin in London machte in einer Aufsicht an den „Manchester Guardian“ den Vorschlag, daß der Korridor ebenso wie Danzig unter den Schutz des Völkerbundes gestellt und dadurch neutralisiert werden solle. Polen müßte der Bevölkerung des Korridors die finanzielle Autonomie gewähren. Ein dahingehender Antrag müßte folgende Bedingungen enthalten: 1. Eine Anleihe an die neue „Proving“ mit günstigeren Bedingungen als die Österreichische Völkerbundanleihe. 2. Eine freiwillige Konstitution abmachung, um Ostpreußen zu helfen. 3. Eine freiwillige Abmachung in den Schulen. 4. Gleiche Rechte für alle Wähler in Danzig und im Korridor. 5. Eine Freizahndensklause mit derjenige in Artikel 22 des Völkerbundstatuts. 6. Ein vom Völkerbund eingeleiteter „Wechsel-Ausgleich“. — Hamkin irtzt sich, wenn er glaubt, Deutschland könnte in seinem Vorschlag eine wirkliche Lösung der Korridorfrage erblicken. Dieses Problem wird erst gelöst sein, wenn die Deutschland entzweiten Gebiete diesem wieder zurückgegeben sein werden und die Verbindung Reich—Ostpreußen völlig wiederhergestellt sein wird.

Mander: Neutrale Korridor-Kommission.

Im englischen Unterhaus fragte am 15. März der Abgeordnete Mander, ob es ratsam sei, im Völkerbundsrat angelehnt der wegen des polnischen Korridors herrschenden Spannung die Einsetzung einer neutralen Kommission nach Art der Cutton-Kommission vorzuschlagen, damit diese Kommission die Lage kläre und Empfehlungen für ihre Lösung unterbreite. Baldwin, der an Stelle des Außenministers Sir Simons das Unterhaus leitete, beantwortete die Frage mit „Rein“. Mander bestand darauf, daß es wegen des außerordentlichen Enges der Verhältnisse in dem er-

mähnten Gebiet der Regierung wünschenswert erscheinen müsse, etwas zu unternehmen. Baldwin gab darauf zur Antwort: Die Regierung wolle versuchen, eine nützliche Anregung zu finden. — Das ist insofern in Gestalt des Mussolinipaktes geschehen.

von Samel: Deutschpolnische Verhängung.

Professor von Samel, der ehemalige Völkerbundskommissar in Danzig, erklärte in der holländischen Presse, Deutschland und Polen müßten so bald als möglich direkte Verhandlungen über die Korridorfrage eröffnen. Für diese gebe es verschiedene Lösungen, die für beide Teile annehmbar und ehrenhaft und geeignet wären, den über ganz Europa lastenden deutsch-polnischen Spannungsverhältnis zu beseitigen. Reichskanzler Hitler sei geneigter als seine Vorgänger, ein solches Unternehmen mitzuarbeiten, da er eine weit größere Macht als jene besitze, um etwas Gutes durchzusetzen.

Propaganda in Amerika.

Die polnische Presse berichtet über einen „lediglich ausgezeichneten“ deutschen Korridorfilm, der jetzt in Amerika gezeigt werde, und fordert die Schaffung eines polnischen Gegenfilms.

Dem „Kurier Warschau“ zufolge hat der neue Präsident der Vereinigten Staaten, Roosevelt, sofort nach seiner Amtseinführung den Klavierfabrikanten Jagan Podermiski, den Hauptleiter der polnischen Propaganda in Amerika, zu sich geladen.

Die Deutschen in mittleren Westen, deren Zahl etwa 1 Million beträgt, davon rund 600 000 in Chicago, haben sich in eigenen Rundfunkdienst mit deutschen Sendungen geschaffen. Sie haben vorerst einen Sender gemietet und werden sich in absehbarer Zeit einen eigenen Sender errichten. Der Deutsche Rundfunk in Chicago hat angefangen der Cafés, die unter dem Druck der Wirtschaftskrise viele deutsche Zeitungen, Theater, Schulen und sonstige kulturelle Einrichtungen zugrunde gegangen sind, eine überaus nützliche kulturelle, aber auch politische Mission unter den Deutschen des mittleren Westens zu erfüllen. Mit der Übernahme des Senders ist ein empfindlicher Mangel in der Weltanschauung des deutschen Einflusses in Amerika abgestellt worden, ein Mangel, der um so härter empfunden wurde, als die anderen Nationen, besonders die Polen und Tschechen, schon seit Jahren den Rundfunk, der in Amerika in den Händen völlig unabhängiger Privatgesellschaften liegt, in den Dienst ihrer nationalen Propaganda gestellt haben. Es ist zu hoffen, daß der Deutsche Sender in Chicago unter der Aufsicht der deutsch-amerikanischen Öffentlichkeit die ersten ethischen Grenzfragen des Deutschen Reiches nutzbar gemacht wird.

Nationalsozialismus und Ostmark.

Von Dr. Franz Eiblke.

Vorbemerkung. Dieser Aufsatz erschien im Herbst 1932 in der „Deutschen Wochenblatt“, der Zeitschrift Gottfried Seibers, des „Programmleiters“ der NSDAP. Bemerket sei, daß die hier veröffentlichten Gedankengänge den Inhalt eines Rundfunkvortrags bilden, den Dr. Eiblke am 7. April im Ostmarkenrundfunk hält.

Die Schriftleitung.

Man könnte meinen, daß die Begriffe „Nationalsozialismus und Ostmark“ nicht mehr miteinander zu tun hätten als etwa „Nationalsozialismus und Thüringen“ oder „Bauern“. Dem ist nicht so. Es handelt sich nicht um die augenblicklichen oder zukünftigen politischen Beziehungen zwischen der nationalsozialistischen Bewegung und unseren Ostmarken, sondern um den Sachverhalt, daß beide in denkbarer enger Beziehung zueinander stehen und stehen und ohne einander nicht möglich sind.

Die Bewegung Adolf Hitlers bedeutet die Zusammenfassung der urewigen jüdisch-germanischen Ideen unseres Volkes. Der Nationalsozialismus ist so alt, wie unser deutsches Volk alt — oder besser: jung ist. Der Nationalsozialismus ist das ewige Jungsein Deutschlands. Das deutsche Volk hat in den Höhepunkten seiner geistigen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung es verstanden, im besten Sinn zugleich nationalsozialistisch und sozialistisch zu sein. Sein Nationalismus war unserm Volk das eigene Gepräge, der Charakter eines Mannes (sogar von den anderen Völkern abgegrenzt völkischen Einzelwesens). Aber dieser Nationalismus wurde kraftlos, sobald ihm die Ergänzung des Sozialismus fehlte; so oft (um das Wort des Führers zu gebrauchen) der Eigenname dem Gemeinnamen voranging.

Wir haben in der Völkerveränderung die Ostmarken verloren, weil ein nationalsozialistischer Imperialismus die damaligen Ostmärker (Gothen, Burgunder, Polen, Ungarn) in die Strembe trieb, in Weiten, die sie nicht eroberten, nie aber zu halten, d. h. sie den völkischen Sozialismus erschließen konnten. Damals drangen in das menschener Gemeinwesen und zum Widerstand nicht mehr fähige Ostland slawische Völkerhorden ein: Wenden, Litauern, Polen u. a., die sich, ohne dem durch germanische Hochkultur ausgeprägten Land eine eigene Kultur bringen zu können, kulturverhorr über Weisheit, Wahrheit, Oder bis Elbe und Saale vorstießen. Deutschland war eingetaucht in dem heimatlichen Raum zwischen Weisheit und Wahrheit, das es nicht gelang, Machtlosigkeit, Raumnot und Arbeiterkrieg durch eine neue Kraft zu überwinden. Diese Kraft erreichte vor einem Jahrzehnt in jenem deutsch geprägten Sozialismus, der uns den verlorengegangenen Raum im Osten und darüber hinaus weites Ausland erschloß.

Eine nationalsozialistische Welle allein hätte wohl größere slawische Gebiete erobert, nie aber dauernd besiedelt und halten können. Der Geist des Sozialismus, der die Menschheit und Gesellschaftlichkeit rief, ist dem slawischen und damit besonders in Ost- und Südosteuropa nicht als einseitige, sondern als Volksgemeinschaft. Sie rodet und bauten gemeinsam; ihre Städte und Dörfer jäh, schon in der Anlage, der leibhafte Ausdruck geistiger Art. Es war ein konkreter Sozialismus, auch wenn man diesen Begriff noch nicht kannte, sondern aus nordischem Vaterland, aus Liebe zur Scholle und genialen Instinkt heraus handelte. Und es war, auch wenn man diesen zweiten Ausdruck nicht kennen mochte, ein Nationalismus jüngerer, einen Stolz auf das deutsche Volkstum, auf eigene Sprache, eigenes Recht, auf Glaube und Kultur, der die Menschen damals nicht wieder in den entzweiten und armdürren Osten zwang, der sie erhalten ließ, auch wenn Krieg und Grenzkampf, Slawen-, Tataren- und Russen-, Mongolen-, Hüliten- oder Türkenhord die deutschen Siedlungen vernichtete und mit dem Blut jünger Generationen den Boden tränkte. Nie hätte der Nationalismus allein diese Schwerproben bestanden; der Geist des Sozialismus, die Kraft gemeinschaftlichen Aufbaus, der Gedanke des „Einer für alle und alle für einen“ mußte dazu kommen, er machte die Ostmarken zu Ostmarken.

Die schon erwähnt: bis weit über die altgermanischen Siedlungsgebiete hinaus, aus dem Baltikum, nach Rußland, Österreich, Ungarn, Siebenbürgen trug die nationalsozialistische Bewegung den deutschen Menschen, der, fauligen Weizens, Obland in Fruchtland verwandelt. Nicht nur Berlin, Stettin, Kollack, Dresden, Breslau, Prag, Wien, Rigas und Bernau sind ostdeutsche Städte; nicht nur Danzig, Königsberg, Bromberg und Posen wurden von deutschen Baumleuten errichtet, so wie die herrliche deutsche Burg, die Marienburg, von den Architekten des Deutschen Ritterordens. Auch Warschau, Krakau, Lemberg und ungezählte andere wurden. Auf dem Boden des Ostlandes erstanden deutsche Gründungen. Auf dem Boden des Ostlandes erbaute die ältesten und besten deutschen Universitäten: Prag, Leipzig, Krakau. Jahrbundertlang herrschte in Krakau deutsches Wort, deutsche Kunst, deutsches Selbstbewußtsein; hier arbeitete der Rünenberger „Bildhauer Veit Stof“, den die Polen darum für sich beanspruchten und in einem Wit Strojz begründet haben, dem sie heute (genau wie dem Deutschen Kopernikus) polnische Briefmarken widmen. Erst die von polnischen Jesuiten brutal durchgeführte Gegenreformationsverbrach das Nützliche der Deutschen, die ohne Nachdruck vom Mutterland waren, das sich in immeren Kämpfen verblühte. Aber heute noch rufen in Krakau die Glocken der mittelalterlichen Gießermeister mit ihrem deutschen Sprüchen von gotischen Dornen zur pol-

nischen Meffe.

Es hat auch im Osten Seiten gegeben, da man den Grundgedanken des Nationalismus und Sozialismus preisgab oder verwarf. Der Kampf der wehrpreussischen Städte (Städte und Gutsherrn) gegen den Ritterstand war ein Kampf des Egoismus, Individualismus und Liberalismus, der schließlich zur politischen Ohnmacht des weidollständigen Reichstums führte. Im 2. Thorer Frieden (1466) gab man deutschen Gemeinschaftsgeist und deutsches Nationalbewußtsein jenseitig preis, daß man sich der Herrschaft des polnischen Königs unterwarf. Hundert Jahre später eroberte dann Polen polnische die „Preußen“ der deutschen Städte in Wehrpreußen, machte das Land zur „polnischen Provinz und schuf sich, am „Freistaat Danzig“ vorbei, den Rorridor zur Ostsee, das Vorbild derjenigen Verhältnisse, die durch Versailles geschaffen wurden.

Während Deutschland im Individualismus von vielen Tausenden kleiner Gewalthaber, in dem Gemirr von Reichshäupten, Reichsräten und Kleinfürsten zugrunde ging, weil alle nur Kirchturnpolitik trieben und um Hausmachtstreben lücherten, während der Preußischdeutsche Krieg, der längstige Königige XIV., der Sieg des Königtums „Rechts“, das für Deutschland größtes Unrecht bedeutete, und die Verklammerung der einst freien Bauernschaften den lebendigen Nationalsozialismus erweckte zu haben schienen, erstand er, unüber, von neuem, zur selben Stunde schon, auf Ostmarken, auf der Scholle der Mark, unter Jähren wie dem Großen Kurfürsten, Friedrich Wilhelm I. und dem Großen König. Wieder hungerte man sich empor, aber der Gemeinschaftsgedanke schmeigte alles zu einem nationalsozialistischen „Rechts“ schen Kurfürsten lagte bei Herbellin, der des Alten Krieg gegen eine Welt von Feinden im Siebenjährigen Krieg. Ihr Sozialismus prägte sich darin aus, daß sie selber Wiener ihres Staates und Volkes waren und sein wollten und Herr, Beamtentum, Wirtschaft auf den Gedanken des Neuens stellten. Folgerichtig begann schon damals in Preußen die Befreiung der Bauern, wurden die Ostlande neu besiedelt und multirätig kolonisiert. Der Nationalsozialist von Potsdam konnte das durch den Egoismus der Städte 1466 verlorene Wärschland dem Deutschen zurückgewinnen; Wärspreußen und später Polen kamen zu Preußen und damit zu Deutschland.

Von diesem durch die nationalsozialistische Kraft des Deutschland gewonnenen Ostland fuhr im Vorkrieg die Korfen der Freiheitskriege über die Welt, von Königsberg und Breslau, von Berlin und dann auch von Wien. Die Deutschen des Ostmarkes erkämpften gegen Frankreich — und dessen deutsche Verbündete auf dem Schlachtfeld von Leipzig die neue deutsche Freiheit.

Aber unter einem Meierismus wurde das Erbe der preußischen Väter verloren, der Sozialismus des deutschen Volkes mit großer Potheimethode unterdrückt. Die Vorkriegshistorie von damals, Vorkriegs Herr Wolfes, haben die Gut, die Begeisterung und den gleichen Opfermitleid unserer braunen Bataillone gehabt, wie wir sie so erschütternd im Freiheitskampf der Gegenwart erleben; sie wurden zu Märtyrern ihrer nationalsozialistischen, und wenn auch manchmal unbekannt noch, ihrer sozialistischen Idee. Das Jahr 1848, in dem der Vätermische Spuk zu Ende war, ist nicht ausschließlich als liberalsozialistische Revolution zu merken; auch der Nationalsozialismus fand damals, nur noch nicht voll bemut, auf den Vorkriegern. Aber er verankerte wieder, und mit seinem Verankern fiel Deutschland dem Materialismus, der Stoffhandlung, dem Gebenmitleid anheim. Wohl schmiedete Bismarck das neue Reich; wir waren politisch und kulturell ein Volk geworden, aber fanden den Weg zur wahrhaften Volksgemeinschaft, zur Nation noch nicht. Die Ostmark spürte am graufamsten das Aufgehen der nationalsozialistischen und damit kolonialsozialistischen Kraft des deutschen Volkes. Trotz Anschließungskommission und amtlich abgefeimelter Kulturpflege ging das „Potentium voran und hatte, als 1918 Deutschland in die erste tiefe Krise nach dem Schlege aus. Wir verloren im Osten ein Gebiet fast in der Größe Bayerns mit vier Millionen Menschen. Darüber hinaus begehrt der Pole noch weiteres deutsches Land, bis zur Oder hin, unmöglich bis zur Elbe.

Aber wieder ist die ewige Jugend Deutschlands, keine unsterbliche faulische Seele, die nationalsozialistische Idee erwacht. In den Jahren von Versailles bis Vercano erweichte der wirkliche deutsche Nationalismus und Sozialismus. Sein Wiedererwecker, Erneuerer und Führer ist Adolf Hitler. Wir sind ihm kein Vorkrieg, der die deutsche Volksgemeinschaft dem Boden des Ostlandes entzogen; denn auch Österreich (Oh-Weich) ist alte Ostmark, in der selbst durch das Habsburgische System nicht völlig erstickt, die Idee des kämpferischen, heldischen, idealistischen und dabei doch realpolitischen Nationalsozialismus in Hitler Blut und Seele wurde. Adolf Hitler ist der beste Ostdeutsche und darum der beste Deutsche; wie durch tausend Jahre hindurch die besten Ostdeutschen: Heinrich I., Otto der Große, Heinrich der Fow, der Große Kurfürst, der Alte Fritz, Sordor, Kant, Kleist, Bismarck und die besten Deutschen waren; und heute, wie die große Vorkriegs, Nationalismus und Sozialismus lebendig waren.

Sich wird ich es auch kein Wunder, daß sich gerade der deutsche Osten dem neuen, nun erst völlig bewußt gemordenen Nationalsozial-

Fortsetzung auf Seite 130

Die Danziger Regierungsfrage.

Die innenpolitische Entwicklung in Danzig hat sich infolge der Weigerung der bürgerlichen Regierung, den nationalsozialistischen Forderungen hinsichtlich der Regierungsbildung nachzukommen, verschärft. Die Deutschnationalen wollen den Posten des Senatspräsidenten (Dr. Ziehm) nicht abgeben. Demgegenüber stellt das Organ der NSDAP, der „Vorposten“, fest: „Wir denken gar nicht daran, uns damit einverstanden zu erklären, daß Herr Dr. Ziehm Senatspräsident bleibt. Er muß, ob er will oder nicht, einen Rationalsozialisten weichen. Es hat gar keinen Sinn, mit uns über diesen Punkt zu debattieren. Wir leben auf dem Standpunkt, daß auch Herr Dr. Ziehm zu ersetzen ist.“ Die Deutschnationalen meinen weiter, daß die Sachlage kein Gegenstand parteipolitischer Einseitigkeit werde. Darauf erwidert der „Vorposten“, daß die Deutschnationalen Volkspartei am allermeisten das Recht habe, eine solche Forderung aufzustellen, da gerade sie es ja gewesen sei, die in den letzten Jahren ihre Gefinnungsgenossen in die leitenden Stellen hineingehoben habe. Mit der dritten Verbindung, die die Deutschnationalen für die Neubildung des Senates gefordert haben: Beteiligung aller marxistischen und national nicht zuverläßigen Gruppen aus den führenden Stellen, sind die Rationalsozialisten selbstverständlich einverstanden, der „Vorposten“ meint hierzu: man müsse sich fragen, warum die Deutschnationalen, die ja seit 2½ Jahren regieren, nicht schon längst für die Säuberung der Beamtenstellen von diesen Elementen gesorgt hätten.

Am 25. März haben die Rationalsozialisten, einer Einladung Dr. Ziehms folgend, diesem ihre Forderungen unterbreitet: Sie verlangen für sich, was schon seit längerer Zeit bekannt war, den Posten des Senatspräsidenten und des Innenministers und folgten für den ersteren den nationalsozialistischen Präsidenten des Danziger Landtages, Günterher Dr. Hermann Kruschinski, und für den letzteren den Führer der nationalsozialistischen Volkskammerfraktion, Abg. Greifer, vor. Der Senat hat diese Forderungen abgelehnt. Die Regierungsbildung ist damit torerri gescheitert.

Dr. Ziehm hat am 24. März in einem bemerkenswerten Presseinterview erneut zur Frage der Danziger Regierungsbildung Stellung genommen. Es könne ruhig ausgesprochen werden, führte er u. a. aus, daß Polen in Genuß seines Vorhofs gegen die Weislerpolitik damit zu begründen versucht habe, daß es sich für verpflichtet halte, ein Übergehehen der nationalen Revolution in Deutschland auf Danzig zu verhindern. Eine Revolution, wie sie in Deutschland durchzuführen sei, fügte Dr. Ziehm hinzu, sei in Danzig nicht denkbar. Ein Versuch, der etwa nach dieser Richtung unternommen würde, wäre Wahnsinn. Die Regierung wäre verpflichtet, ihn mit allen staatlichen Machtmitteln in seinem ersten Reize zu unterdrücken und als Hochoverrat strafrechtlich zu ahnden. Dr. Ziehm be-

gründet dies damit, daß zwischen Danzig und dem Deutschen Reich eine wesentliche Unterchiede in völkerrechtlicher und staatsrechtlicher Beziehung beständen, daß die Danziger Verfassung keine Bestimmung kenne, die dem Artikel 48 der Weimarer Verfassung entspreche, daß die Verfassung der Freien Stadt vom Völkerbunde garantiert worden sei und nur mit dessen Zustimmung geändert werden könne.

Dieser Hinweis ist uns rich richtig. Mit ihm läßt sich aber keineswegs die Ablehnung des nationalsozialistischen Vorschlagsantrages begründen. Dessen Erfüllung ist keineswegs an das Vorhandensein eines Artikels 48 gebunden. Daß es dem Polen unangenehm wäre, wenn die NSDAP in Danzig die Führung übernehme und die marxistischen und national unzuverlässigen Elemente aus dem Amt fernhalten würde, ist allerdings sehr menschlich. Polen hätte jedoch keine rechtliche Handhabe, das zu verhindern, und der Völkerbund hätte keinen Anlaß, gegen irgendeine Verletzung der von ihm garantierten Ziviltaatsverfassung einzuschreiten. Allen was würde sich im gegebenen verfassungsmäßigen Rahmen abspielen. Für Danzig kann es nur vorteilhaft sein, wenn jene innenpolitischen Zustände dem Reich gleichgeschaltet werden. Das ist natürlich nicht beißen, daß Reich aus sich kein ein grundlegendes Verhältnis zu Danzig haben abhängig macht, welche Parteien der die Regierung bilden. Auch hat, wie Dr. Ziehm mitteilte, Reichskanzler Adolf Hitler erklärt, daß er in keinem Falle in die inneren Verhältnisse Danzigs eingreifen gedenkt. Die Situation Danzigs drängt auch ohnehin auf eine Beilegung des seit Monaten bestehenden innenpolitischen Schwebelustandes hin. Die Stabilität und Sicherheit, deren die Freie Stadt in ihren Regierungsverhältnissen bedarf, sind nicht garantiert, solange die Rationalsozialisten in Opposition zur Regierung stehen. Man wird ihnen als der an Zahl und Autorität meistens stärksten Partei das Recht auf Führung nicht abprechen können.

Bei der derzeitigen Zusammenfassung des Danziger Volkstages ist eine nationalsozialistisch-deutschnationale Mehrheits-Regierung, wie sie im Reich besteht, nicht möglich: Der Danziger Volkstag wurde im November 1930, also vor 2½ Jahren, gewählt; er ist völlig überaltert: 13 Rationalsozialisten, 10 Deutschnationalen stehen gegenüber 26 Marxisten, 11 Zentrumsabgeordneten, 10 Vertreter von sechs bürgerlichen Splittergruppen und 2 Polen. Die Zuwahlen, die die Rationalsozialisten für den Fall, daß ihre Verhältnisse sich nicht abgeändert haben, verlangen, würden hier vermutlich die mißwunderswerte Grundlage für eine einseitige Rechtsorientierung bereithalten. Es ist Sache der bürgerlichen Parteien in Danzig, die aus einem eventuellen Wahlkompis in Partis gerupftem Zustande hervorragen würden, dem Beispiel ihrer Parteifreunde im Reich zu folgen und sich hinter eine Rechtsregierung zu stellen.

Verkehrsrfragen.

Die Weichsel Schiffahrt im Jahre 1932.

Im Jahre 1932 sind insgesamt 5750 Schiffe mit einer Tragfähigkeit von zusammen 587 838 Co. von Danzig auf der Weichsel durch die etwa 5 km oberhalb der Scheitnerhoffer Weichselmündung liegenden Einfahrt Schluße zu Berg gegangen, während 3933 Schiffe mit einer Tragfähigkeit von zusammen 585 368 Co. den Weg in der umgekehrten Richtung zurückgelegt haben. Auf der Fahrt zu Berg wurden 135 525 Co., auf der Fahrt zu Lal 202 239 Co. Güter befördert. Die Tragfähigkeit der Schiffe war auf der Weichsel also nur zu 25 v. H. auf der Galtfahrt nur zu 34,5 v. H. ausgenutzt. Im Vergleich zum 1931 hat der Güllerttransport zu Berg eine Verminderung um 707 Co., zu Lal eine solche um 70 060 Co. aufzuweisen gehabt, während gegenüber dem Jahre 1912 der Rückgang bei den Stromauf beförderten Güllern 172 515 Co., bei den Stromab gegangenen Güllern 100 007 Co. betrag. Die Weichsel, die nach der polnischen Propaganda das verkehrspolitische Rückgrat des polnischen Staatsgebietes werden sollte, hat in polnischer Zeit also nahezu die Hälfte ihres Vorkriegsverkehrs verloren.

Rückgang des Güllertansitverkehrs.

Die zunehmende Abschürfung des Güllertverkehrs zwischen Ostpreußen und dem Reich hat einen weiteren Rückgang des Güllertverkehrs auf der Ostbahn zur Folge. Auch im

vergangenen Jahre verkehrten täglich auf der Bahnhalle nach Ostpreußen drei Durchgangs-Güllertzüge Berlin-Königsberg, ein Durchgangs-Güllertzug Schneidemühl-Königsberg und ein Kohlgüterzug Schneidemühl-König. Die gleiche Zahl von Güllertzügen lief in umgekehrter Richtung. In diesem Jahre ist ein Güllertzugpaar in beiden Richtungen ausgesfallen. Es handelt sich dabei um einen Durchgangs-Güllertzug Berlin-Königsberg und einen Diebstzug Königsberg-Berlin. Die Zahl der nach Ostpreußen verkehrenden Personenzüge ist unverändert geblieben. Die Rückkehr des Güllertverkehrs wird in keiner Weise ausgleichend durch die leichte Zunahme des Schiffverkehrs auf der Weichsel und im Bromberger Kanal.

Der Wert des Danziger Warenverkehrs 1932.

Nach den Feststellungen des Statistischen Landesamtes der Freien Stadt Danzig hat der seewärtige Warenverkehr über Danzig im Jahre 1932 einen Wert von insgesamt 354 679 144 Danziger Gulden gehabt. Davon entfallen auf die Einfuhr 140,2 Mill. und auf die Ausfuhr 214,5 Mill. Gulden.

Auf die einzelnen Warengruppen kommen hieroon folgende Werte (in 1000 Gulden):

Warengruppe	Einfuhr	Ausfuhr
Lebens- und Genussmittel	22 949	70 190
Tierische Erzeugnisse und Waren daraus	13 252	9 037
Holz und Holzwaren	8 970	54 969
Textilstoffe, keramische Erzeugnisse	1 260	276
Brennstoffe, Asphalt, Pech	8 919	60 510
Chemische Stoffe und Erzeugnisse	16 200	4 516
Erze, Metalle, Metallwaren	19 543	10 742
Papier, Papierwaren	2 376	1 611
Stoffstoffe und Waren daraus	31 390	959
Riebung, Galanteriewaren	208	1 337
Sprenng- und Schießmaterial	8	2
Sonstiges	9 152	297

Der Durchschnittswert pro Tonne eingeführter Ware betrug im Jahre 1932 328 Gulden, in der Ausfuhr dagegen betief er sich auf rund 43 Gulden.

Schluss von Seite 129

liamsgemeinschaft hat. Der preußisch-deutsche Geist des Offens ist eben derselbe, der im Rationalsozialismus Leben gewann: der Geist von Potsdam, von Königsberg. Dies spürt die Bevölkerung unferer Ostmark, und darum bekennet sie sich zu Adolf Hitler, der der bestgehörte Mann in Polen und der meistgeleitete im deutschen Osten ist. Die Ostmark bekennet sich aber auch deshalb zum Rationalsozialismus, weil er im Grunde keine Partei, sondern eine Volkswegung ist, die das ganze Volk vereinen kann und einigen wird. Der Ostmärker ist im Parteinamen im engeren Sinne gewesen; in den national unklümmlichen Ostpreußen gibt es eigentlich nur zwei Parteien: Deutsche und Polen. Darum wählte die Mehrheit der Ostmärker jetzt auch die Partei des erwachenden Volkes. Der Osten weiß, daß er, aus dem emigen deutschen Rationalsozialismus entstanden, nur durch ihn befreit zum künftigen Großdeutschland heimkehren wird.

Die junge Generation in Polen.

Im Warschauer „A. B. C.“, einem rechtsradikalen Blatt, hat sich ein Dr. Julius Sas-Wislocki zum Problem der jungen Generation in Polen geäußert. Von der Verfalltheit der Akademiern als allgemeinpolnischen Vereinigungen, der Verfalltheit der Akademie als allgemeinpolnischen Vereins ist, verdienen keine Ausführungen allgemeines Interesse. Sie können als eine Art moralisch-politischer Bekenntnisses der jungen polnischen Generation bewertet werden, also der Kräfte, mit denen man es in Polen in Zukunft zu tun haben wird. Sas-Wislocki ist bemüht, die Gegensätze zwischen der politischen Ideenwelt des jungen und des alten Polen herauszustellen. Er schreibt u. a.:

„Die ältere polnische Generation ist keine in Hinblick der Ideen vereinigte Gemeinschaft. Sie heißt keine Vereinigung oder wenigstens von ihrer großen Mehrheit geteilt. Sie heißt aber die wichtigsten nationalen Probleme... Sie heißt fast kein politisches Ziel. Das kommt in der großen Zahl der Parteien zum Ausdruck. Der Prozeß des Zusammenstehens der Parteien ist unter dem Druck der jungen Jahrgänge erfolgt. „Die junge Generation“, führt Sas-Wislocki fort, „ist in ihrer großen Mehrheit ein in Hinblick der Ideen einheitliches Kollektivum und stellt gegenwärtig, besonders auf dem akademischen Terrain, ein kompaktes und tatkräftiges nationalpolitisches und katholisches Lager dar, das das Wort „Akademiker“ in der öffentlichen Meinung mit dem Worte „Rationaler“ gleichbedeutend wurde. „Die ältere Generation“, heißt es weiter, „gebraucht gern die Ausdrücke: Die nationale Idee, die nationale Partei; die Jugend vermerkt darüber: Die Abstraktion, Rationalismus“, das Lager des alten Polens; die allmähliche Verengung“ „Das ältere Geschlecht ist zu den größten Opfern zur Verteidigung der Weisheitslehre Dommereles bereit; die Jugend möchte gerne dieselben Opfer, aber zur Wiedererlangung (!) Ohrsprengens bringen. Das ältere Geschlecht denkt über die Entfaltung Polens nach und über eine allmähliche Sättigung unserer Objekte mit dem polnischen Volksesamt. Die Jugend würde sich nicht scheuen, den ganzen Großgrundbesitz in die Randgebieten zu enteignen und diese Gebiete in großem Umfang zu kolonisieren, unabhängig von der Forderung nach zeitlichem kolonialen Erfolg.“ „Wir glauben“, so heißt es weiter, „daß wir schon bald die volle Verantwortung für die Gesamtheit der wirtschaftlichen und kulturellen Probleme der polnischen Nation und des Staates übernehmen können.“

Das ist also das Bekenntnis der jungen polnischen Generation! Man sieht vergebens nach einem tieferen Unterschied zwischen den politischen Ideen der jungen und der alten Generation. Sas-Wislocki hat eigentlich nur das wiederholt, was Roman Dmowski schon vor dem Kriege als das politische Glaubensbekenntnis der polnischen Rationaldemokraten gelehrt hat. Wenn es, was er hier fragt, nach der Idee der jungen polnischen Generation gelten soll, dann muß man freilich sagen: das Erlebnis des Krieges scheint an der Gedankwelt dieser Generation kurios vorübergegangen zu sein. Diese Jungen unterscheiden sich von den Alten lediglich durch die Zahl der Lebensjahre, die sie hinter sich haben, lediglich dadurch, daß sie mehr Zeitung besitzen, die physische Kraft ihrer jungen Jahre in die Waagschale zu werfen und die Ziele, die sie von den Alten übernommen haben, mit größerer Aufmerksamkeit und Offenheit zu bekennen. Aber diese junge polnische Generation scheint weder das Bedürfnis zu haben, um neue politische Ideen und um neue geistige Lebensansätze zu ringen, noch scheint sie sich bemühen zu fühlen, sich mit dem Europa, in dem die liberalistische Epoche zur Reize geht, auseinanderzusetzen. Die, von denen Sas-Wislocki spricht und die er als die junge polnische Generation schließlich bestimmt,

sind nicht die Schöpfer und Träger eines neuen politischen Weltbildes ihrer Nation, sondern einfach nur die jüngeren Jahrgänge der in allen Beziehungen unerschütterten und unerschütterlichen Demokratie. Wenn man ihre Stellung mit deutschen Verhältnissen vergleichen wollte, dann könnte man sie etwa mit den jungen Deutschnationalen vergleichen, die auch nur die Fortträger alter Auffassungen sind. Die Stelle aber, auf der in Deutschland die Rationalisten, die Schöpfer eines in Wesen und Ziel völlig neuen Zeitalters, stehen, ist in Polen unbesetzt. Die junge Generation, als deren Sprecher Sas-Wislocki auftritt, liegt nicht anders als die ältere Generation im Schlepptau der französischen Ideen; und sie scheint diesem Geist von 1789 genau so kritisch und unerschütterlich gegenüberzustehen wie diese. Sie ist auf dem besten Wege, den Pfad zu Europa in Europa zu verpflücken. Wie kann das das Oberst Sabry in der Pariser Kammer von Frankreich gesagt hat, noch und ganz auf sich beziehen: Frankreich sei hinter Deutschland und Italien, wo die Jugend als geschlossener Block hinter den Regierungen stehe, um eine ganze Generation zurückgelassen. Die Jugend, für die Sas-Wislocki spricht, besitzt das Sähigkeit, ihrem Staat und Volkstum ein neues geistiges Gesicht zu geben. Sie heißt in ihrem Block von Akademikern dar, der auf der Waffe des Volkes als intellektueller Fremdkörper laßt. Sie hat noch nicht begriffen, daß alles politisch Neue in Europa auf der Abkehr vom Gedanken der liberalistischen Epoche beruht. Weder in der Betonung des Rationalistischen, noch in der Freisetzung des Katholischen unterscheidet sie sich wesentlich von der älteren Generation, die diese beiden Faktoren auch schon mit vollendeter Meisterschaft im politischen Kampfe zu handhaben verstand. Auch darin folgt sie völlig dem Vorbilde der Alten, daß sie ihre Aufgabe vorwiegend in der räumlichen Expansion des polnischen Staates, aber weniger in der tieferen Gestaltung des polnischen Volkes erblickt. Worin sie sich von den Alten unterscheidet, das ist die härtere Drang zu außenpolitischer Aggressivität, die leichtere Bereitschaft zu militärischer Gemeinschaft, die größere Umgebungsinständigkeit der Verwirklichung des Dmowskischen Programms, die ausgeprägtere Hemmungslosigkeit im Fordern fremden Besitzes. Dieser Unterschied erklärt sich einerseits aus dem natürlichen Gegensatz zwischen Jugend und Alter und andererseits aus der Katalyse, daß die Alten aus einer Zeit stammen, in der es noch keine politischen Staat gab, während die Jungen in ihrem politischen Denken von der ihnen selbstvererblichen Existenz eines eigenen Staates ausgehen und aus dessen Existenz ein härteres Selbstbewußtsein schöpfen und ein größeres Vertrauen in die Realisierbarkeit ihrer massenpolitischen Ziele ableiten.

Was Sas-Wislocki als die „junge Generation“ bezeichnet, das sind die Jungnationaldemokratischen Kreise, gegen die die Regierung Dmowski mit zunehmender Schärfe vorgeht und deren Organisation, wie vor allem das Lager des größeren Teils der Poliergeneration, bereits als Staatsfeindlich aufgefaßt worden sind. Das sind die Studenten, die sich ihre Zeit mit Kramalen vertreiben, deren Opfer bald die Deutschen, bald die Juden sind, und die sich in jedem Falle gegen die Regierung der „moralischen Sanierung“ richten. Damit hat Sas-Wislocki recht: der überwiegende Teil der politisch aktiven Jugend steht in hartem Gegensatz zur Regierung. Dmowski findet namentlich unter den jungen Akademikern wenig Gefolgschaft. Sein System ist eine Regierung ohne Jugend. Aber die Jugend, die ihn bekämpft, ist ohne Idee. Dr. K.

Wirtschaft in Polen.

Polnische Kanalbauten.

Im Zusammenhang mit der Eröffnung der Kolenmagistrale am 1. März sprach die polnische Regierungspreffe davon, daß geplant sei, in nächster Zeit mit großen öffentlichen Arbeiten in Oberschlesien und Galizien zu beginnen. Und zwar ist beschließt, einen Hafen in Myslowitz zu bauen, den Pzemyslitz, und die einschließende Weichselstrecke bis Gombocz an der Einmündung des San zu kanalisieren. Diese Arbeiten, heißt es, sollen dann auf den ganzen Weichselauf ausgebreitet werden, so daß eine Schiffsabfahrtsgebilde zwischen dem ostoberschlesischen Industriegebiet und der Ostseeküste bei Danzig entsteht. Von solch umfassenden Plänen war schon oft die Rede. Als die Frage einer Verbindung Kattowitz—Gdingen vor Jahren zum erstenmal erörtert wurde, wurden keine anderen als derartige Pläne erwogen. Man hat sich damals schließlich für den Ausbau entschieden, weil es billiger und rascher zu vollziehen ist als die Herstellung eines Wasserstraßes. Das Projekt einer Wasser Verbindung Oberschlesien—Ostsee dürfte jetzt, wo die Kolenmagistrale wenigstens eingeleitet in Betrieb genommen worden ist, und wo man nicht einmal weiß, wo man das Geld zum möglichen Ausbau heranziehen soll, vorerst wenig aktuell sein, jamaal, die Kolenbahn bei ihrer ohnehin unerschöpflichen Rentabilität die Konkurrenz eines billigen Wasserweges kaum würde ertragen können. Dagegen bleibt die Wasser Verbindung Ostoberschlesien mit dem übrigen Polen ein sehr wichtiges Problem. Es wird nicht auf praktisch in Angriff ge-

nommen. Mit dem Bau des Kanals Ober—Pzemyslitz—Weichsel wird schon in den nächsten Tagen begonnen. Nach dem Entwurfe werden die Arbeiten in diesem Jahre von der gesamten Strecke umfassen. Der Kolenkanal lautet für dieses Jahr auf 3 Mill. Loty, und es sollen dabei während der Hochflut gegen 3000 Menschen eingestellt werden.

Neue Einfuhrverbote.

Im „Dziennik Ustaw“ ist eine umfangreiche Liste neuer Einfuhrverbote erschienen, die etwa 150 Positionen des polnischen Zolltariffs umfaßt. Die Verbote sind am 24. März in Kraft getreten. Durch diese Maßnahme wird auch die deutsche Einfuhr nach Polen betroffen. Die neuen Einfuhrverbote betreffen sich u. a. auf folgende Waren: Eisen- und Stahlbleche sowie Eisenbleche aus Eisen- und Stahlblech, Druckverfahren, synthetische Schweißmittel, Zäcke, Schweißmittel, Verbrennungsmotoren, Ventilatoren, Handpumpen, Weichmaschinen, Mühlenmaschinen, alle Apparate für den Hausbedarf, Klüßchen und Säme, Präzisionswerkzeuge, elektrische Energiezähler, Treibriemen, Brillen und Brilleneinsparungen, Vakuumtas, Teile von Kraftwagen, Bilder und Zeichnungen, Fleisch, gekämmte Wolle, Feinen, Kamelhaare, Einweine, eine Reihe von Chemikalien, Ziegel- und Bausteine und anderes mehr. Es wird heißt, sind in nächster Zeit noch weitere Einfuhrverbote zu erwarten. Polen schließt sich wirtschaftlich mehr und mehr dem Ausland und vor allem vom benachbarten Deutschland ab.

Heim ins Reich!

Zu einer gewaltigen Protestkundgebung gestaltete sich am 26. März die Abfistungsgedächtnisfeier auf dem Reichspräsidentenplatz in Weimar, wo die Vertreter der Verbände, eine Abordnung des Reichertags 11 aus Oppeln, Schulpfortuna, Abordnung holländischer Korporationen aus dem ganzen Reich, die Bergarbeiter in ihrer kleinsten Kraft sowie die SA., SS., und der Stahlhelm Aufstellung nahmen. Folgender Aufruf an die Reichs- und Staatsbehörden und an das Gemis der zivilisierten Welt wurde von der Kundgebung gebilligt: „Wir protestieren anlässlich der Abfistungskundgebung der Weimarer von Weimar und Umgebung gegen die dem Abfistungsergebnis und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker doppelseitig gerichteten Oberflächen. Jahntausende in wirtschaftlichen Räten Kündigende verlangen Wiedergutmachung des Geistes Selbstverlust. Unsere Kräfte an den Weimarer verhalten uns nicht. Deshalb haben wir unsere SOS-Rufe an die gesamte kultivierte Welt. Arbeiter und Akademiker, Selbstlose und hundertfache Verbände, deren Vertreter aus dem ganzen Reich hier versammelt sind, SA., SS., Wehrverbände, der Stahlhelm, Männer und Frauen, ohne Unterschied der Partei und Konfession, geloben feierlich, nicht eher ruhen zu wollen, bis die Welt die furchtbaren Folgen der unmässigen Grenzpolitik erkennt und Obergewaltigen wieder mit seinem Vaterland vereint ist.“

*

Im ganzen Reich wurde der 15. Wiederkehr des Tages der Vortrennung des Hultschiner Ländchens gedacht. Die Bevölkerung des Hultschiner Ländchens hatte im Jahre 1921 einen Anspruch auf die Einbeziehung an der Volksabstimmung; es hat stets gegen die Vorenthaltung des Plebiszits Rechtsverwahrung eingelegt. 93,7 v. H. der Bevölkerung haben sich in der freiwilligen Volksabstimmung für das Verbleiben beim Deutschen Reich erklärt. Hingegen sei, z. B. auf das für die Gewährung einer Volksabstimmung eintrübende Gelingen des früheren deutschen Volksaufmarsches in Danzig, Sirich Sidnowski, an den englischen Staatssekretär Balfour. Immer und immer wieder muß festgestellt werden, daß sich die treudeutschen Hultschiner niemals mit dieser ungemessenen Vorenthaltung des Selbstbestimmungsrechtes einverstanden erklärten, sondern ständig immer neue Anklagen gegen die internationalen Staatsmänner erhoben haben, die auf der Vorkonferenz; zu Versailles in äußerst leichtfertiger Weise die Hultschiner

Frage ohne Kenntnis der eigenartigen Verhältnisse entschieden haben. Das Hultschiner Ländchen hat trotz Terror und Gewalt nach der Vorenthaltung immer wieder sich zum Deutschen Reich bekant, wie z. B. die Kommunisten in der Bezirkshauptstadt Hultschin bewiesen haben, wo eine deutsche Mehrheit mit 20 Mandaten erkämpft worden ist. Derartige will neben dem großen Problem des Ostens das Hultschiner Ländchen nicht, das der Stunde seiner Rückkehr zum Reich bereit

*

Der Tag von Potsdam war im wahren Sinne des Wortes ein Tag der Nation. Über alle deutschen Sender wurde an diesem Tage eine Hörübertragung von Herbert Engel, „Das Reich ist unser“ gegeben. Hier wurde aller deutschen Gebiete gedacht, die durch Versailles zum Mutterlande getrennt worden sind aber denen die Vereinigung mit dem Reich durch das Feindbündel unterlag worden ist. Keines dieser Gebiete wurde vergessen: das Memelland und Ostpreußen, Westpreußen und Danzig, Polen, Ostoberschlesien und das Deutsche Hultschin, Sudetendeutschland und Ostoberschlesien, die Steiermark, Salzburg und Tirol bis zur Solarner Klaus, das Elßaß und Lothringen, das Saargebiet, Eupen-Malmédy und Reichsflurzw. Viele Millionen haben dieses Bekenntnis des Reiches zum deutschen Volkstum vor dem Grenzen, und gar mancher hat hier wohl tief gelangt vom erstemal wieder auch vom Deutschen Reich gehört. An dem Tage, an dem an den deutschen Konsulaten in Polen bis zum Ende des Weltkrieges und die Jahre des Dritten Reiches aufgerufen worden, hörten die Deutschen in Polen diese Botschaft der erachteten Nation:

„Deutscher Deutscher!

Das Reich wird eurer niemals vergessen,
Eingedenk eurer Taten sein und auch eurer Leiden,
Die ihr ertragen müßtet im Ansturm des blinden Hasses.
Ihr gelobten wir euch, den Pionieren des Ostens:
Was ihr gemogt, das muß auch gewonnen euch bleiben.
Süßelt nicht die Tage des Rummers, der Not, der Erbitterung, des
Elends,
Erbt nicht der Kleinmut Raum, verzaget nicht, ihr Unvergagten.
Wo der Mut ist, ist auch das Recht. Wo das Recht ist,
Ist auch der endliche Sieg, — trotz Trübsal und Tränen.

Deutsche Wacht an der Weichsel.

Roman von Kurt Oskar Vork.

Kapitel drei.
(A. Fortsetzung.)

Copyright by Bertelsmann & Co.

„Genosse Klimke, einen Moment mal!“ Der Vorsteher des Chorners Garnison-Jobantenrats, der kleine Herr Raabe mit dem vergrünlichen Wangen, nickte Anton Klimke beiläufig. „Genosse Klimke, es ist mir sehr lieb, daß du gestern Abend einen von den Menschenkindern merkwürdig, sehr merkwürdig behandelt hast. Es wurde mir gesagt, du halt einen Offizier ordnungsgemäß seine Waffen und Abzeichen abgefordert, und nachher hast du dich mit ihm mehr oder weniger verbrüderd. Äußere dich, bitte.“

„Genosse, es handelt sich um einen Kollegen vom Bau, noch von Friedenszeit. Das hat aber damit nichts zu tun, er ist ein anständiger Kerl, wor immer mit die Arbeiter ein Herz und eine Seele. Mein Ja, wie oft...“

„Der Recke nicht lügeln, Genosse. Er ist doch Offizier. Und er trägt die reaktionären Abzeichen spazieren. Das ist doch alles klar!“

„Genosse Raabe, der Kerber kam von der Schule zu uns auf den Bau, er will Baumeister werden oder was weiß ich. Jedenfalls hat er Sommer dreizehn als Lehrling gearbeitet. Er hat bei uns gearbeitet, hat Balken geschlagen, hat mit uns gelassen, getanzt, er war einer von uns. Daß er was Besseres war, das haben wir nur daran gemerkt, daß er das meiste desahlt hat. Das hat gedauert, bis der Polier ihm mal was sagte, wie man so einen Lehrling was fast. Na, da hat der Kerber ihm poar in die Freile angeboten, das war nicht lange vor dem Kriege. Und seitdem ist der Mensch, Genosse hat auf dem Bau ein Kornatzen, da hat er sich Eisenfäden mit seiner kleinen Pistole zerkratzt, ... ich stell mich nicht vor seine Pistole. So habe ihm vorge schlagen, mit uns mitzumachen. Da hätten wir einen...“

Das kalte Gesicht Raabes verzieht sich etwas. „Schön, erlaubd. Nun noch ein Punkt: Du bist so freundlich sein und als Vertreter des Garnison-Jobantenrats meine Verbindung mit der Raabersprossung aufnehmen. Es ist keine rechte Fühlung mehr mit Polen. Ich gebe dir alle Vollmachten. Aber, bitte, tritt in Polen nicht wieder ein von deinem Bau...“

Genosse Klimke, der gerade seinem zwanzigsten Geburtstag gefeiert hat, ist stolz auf die Ehre. Der Strudel der Revolution hat ihn herausgerissen aus dem normalen Ablauf eines Maurerlebens. Jetzt regiert er mit, hat Gnaden zu vergeben. Vange ist ihm nicht, dem blonden Jungen aus Schöne in Westpreußen.

Genosse Raabe kann solche Leute nicht brauchen. Die sind ja verdächtig blond, pflüchd, wenn man mit ihnen ganz vernünftig über Geschäftsleute, kriegen sie einen Kettler und reden von Weselen, von Grandtzen, von Dingen, von denen doch jedes kleine Kind weiß, daß sie nur Waffen sind zur Erreichung von Zielen. Dieser Klimke jetzt trifft er einen Menschen, von dem er annimmt, er sei ein anständiger Kerl. Schon ist er umgekloppt. So was geht natürlich nicht! Wo bleibt denn die Revolution, wo bleiben denn ihre Errungenschaften, wenn man plötzlich anfängt, jeden Satz ernst zu nehmen?

Sabr nach Polen, Genosse Klimke, damit du erst einmal ein Revolutionär wirst, wie er im Buche steht ...

„Herr Deutscher!“

Kerber fährt hoch und blickt in eine Ollampe. Dahinter begriff er langsam das Gesicht des Schaffners. „Was ist?“

„Müchle Station Grandtzen!“

„Großartig!“ Er reekt sich. Der Zug klopf einen merkwürdigen Dreierinterakt. „Großartig. Haben wir noch was in der Glotze?“ Ja, ein Rest. Kerber kippt ihn über die Unterlippe und reidht dem Schaffner Schweineg die Selbsthilfe. Der trinkt und hält den Deutscher für gestört, weil er erst jetzt mit dem Schnaps rauskommt. Der labbrige Kotwein ...

Heimkehr, denkt Kerber in Grandtzen, das ist nun Heimkehr.

Er setzt sich in den „Königlichen Hof“ und verlangt eine Cafel Schokolade und den Bon für einen Kanne Kaffee. Also bemohnt geht er in die Hotelküche und belchmört die Wirtin, ihm einen einzigen anständigen Schluck Kaffee zu brauen. Es gelang. „Abel Polen Lebensmittell mit Auslande Kriegt“, erklart die Frau dem Haus.

„Wohl was...“ Der mirklichste Kaffee mit ihm nachher nicht schmecken. Er kingelt, Iobald es geht, Herrn Komolki an, den Inhaber von Komolki & Co., Onkel Paul. Onkel Paul freut sich ... sofort ins Kontor kommen! Um Kontor gibt es eine Zigarre aus der Privatküche und einen Schluck aus der Privatflosche. „Mänch, der Franz! Und frisch sieht er aus! Daß man sich Herrn Deutscher noch Du sagen? Mänch, die ja großartig! Ich werd' auch gleich der Hete Weisheid sagen, daß sie ein anständiges Frühlück hinstellt. Mänch! Zeim! Großartig!“

„Onkel Komolki, pump mir mal einen Gaul bis übermorgen. Noch Wohl.“ Er wird anständig geflüstert ...

„Na, wießt du, der Otto, der hat's hinter die Ohren. Na, in drei Tagen wird der Jollen ja nich verdrungen. Also gut, lauß ihn dir nachher aus...“

Frany Kerber stellt fest, beim Frühlück, daß die Hete etwas aus den Jahren herausgewachsen ist, in denen man am Vorfrisch spielt und habet. Die Valgerzien der Kinderzeit sind vorbei, jetzt balgt man sich mit spitzen und frohlichen Bemerkungen. Die junge Herrin des Hauses, die ihre Mutter nun schon lange vertritt, hielt sich fröhlich den Augen gelassen, und er jahl mit gleicher Mühe.

Hungerstreik unter Tage.

Am 14. März trat die Belegschaft der Klimontow-Grube bei Sosnowitz im Streik gegen die beschlossene Stilllegung des Bergwerks in den Streik. Mehrere hundert Bergleute fahren in die Grube ein und bleiben auf dem Arbeitsplatze, ohne eine Hand zu rühren. Die Bergarbeiter erklärten, die Grube nicht eher zu verlassen, als bis eine amtliche Erklärung vorliegt, daß das Bergwerk nicht geschlossen werde. Die Streikenden verweigerten die Annahme von Besessmitten und verharren im Hungerstreik. Alle Bemühungen, sie zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen, waren ergebnislos. Die Grubenarbeiter waren Tag und Nacht von einer Menschenmenge umlagert. Sogar Polen nahen am Kampf der Bergarbeiter teilzunehmen.

Auch auf der Mortimergrube bei Sosnowitz war die Belegschaft gleichfalls in den Hungerstreik getreten. Eine Abordnung der Grubenverwaltung, die in die Grube einfiel, um mit den Streikenden zu verhandeln, wurde von den Bergleuten gewaltsam zurückgehalten. Die Forderung wurde von den Streikenden auf der Schachtfeld befestigt, so daß jeder Bergknecht mit der Luftpumpe unterbunden war. Auch die Bergleute, die mit der unter Tage befindlichen Belegschaft auf telephonischem Wege in Verbindung zu treten, waren ergebnislos. Zahlreiche Bergarbeiter erkrankten an Entkräftungserscheinungen; auch ein Todesopfer ist zu beklagen. Erst nach zehntägigem Streik verließen die Bergarbeiter die Gruben, nachdem ihnen von der Regierung die Zufuhrerlaubnis gegeben worden war, doch ihnen der rückständige Lohn ausgesetzt und die Gruben vorerst nicht stillgelegt wurden. Diese Nachrichten gewähren einen erschütternden Einblick in die trostlosen Verhältnisse der polnischen Industrie und in das soziale Elend ihrer Arbeiterklasse. Dieser Hungerstreik 300 Meter unter Tag ist nicht mit kommunisistischer Propaganda, nicht mit Klassenkampfthemen zu erklären. Er ist ein Ausdruck der Verzweiflung, die die Arbeiterklasse des einst aufstrebenden Industriegebietes erfährt hat.

Die polnische Regierung hat — reichlich spät — eingesehen, daß sie ein verfehltes Kohlenexportpolitik betrieben hat, indem sie den Kohlenexport durch eine künstliche Hochhaltung der Inlandskohlenpreise forcierte. Sie hat eine zu große Rolle der Überproduktion der Inlandskohlenpreise am durchschlaglich ist es, angekündigt. Sie hofft, dadurch dem rapiden Abflinken des inländischen Kohlenverbrauchs Einhalt gebieten und weitere Stilllegungen verhindern zu können. Aber sie ist damit auf den entscheidenden Widerstand der Polnischen Kohlenkonvention, des Zweckverbandes der polnischen Kohlengruben, gestoßen. Die Konvention hat

die Ankündigung der Regierung mit der Drohung beantwortet, daß dann eben „es leitet rationalisiert“, d. h. daß die nicht genügend rentablen Gruben stillgelegt werden müßten. Was das bedeutet, wird einem erst klar, wenn man bedenkt, daß schon jetzt nahezu jeder zweite Bergarbeiter in den polnischen Kohlenrevieren arbeitslos ist. Es ist bekannt, daß der Kohlenexport über Danzig und Gdingen nur mit Verlustpreisen durchgeführt werden kann und daß sich die Kohlengruben für die Verluste dem Export durch die überhöhten Preise auf dem inländischen Absatzmarkt erspart halten. Wenn ihnen nun die Möglichkeit dieses Ausganges durch die mangelfolle Senkung der inländischen Preise geht, über teilweise gewonnenen mehr, werden sie den Export kaum abzugeben, denn bisherige Umfänge aufrechterhalten können und wollen. Außenpolitisch würde das Sinken der preiswerten Kohlenausfuhr aber bedeuten, daß eine der Hauptstützen der polnischen Korridor- und Gdingenpropaganda zusammenbricht. Wenn Danzig und Gdingen den Kohlenstilllegung verlieren, fallen sie in die Reihe der kleinen Häfen zurück und wird die wirtschaftliche Sinnlosigkeit des Hafensbaus in Gdingen auch für den offensichtlich, der sich heute noch durch die hohen Umhänglöhne darüber hinwegsetzen läßt.

Noch eines muß hervorgehoben werden. Bisher wurde von den Stilllegungen und Arbeiterentlassungen vor allem das oberschlesische Revier betroffen. Das benachbarte kongrepolnische Revier in den Staaten von Silesien und von der Provinz Oberschlesien wird sorgfältig behandelt. Hier galt es ja auch nicht, deutsche Arbeiter und Angehörige auf die Straße zu werfen! Das hat sich in letzter Zeit gründlich geändert. Die Kettendickheit, Gruben stillzulegen und Arbeiter zu entlassen, macht nun auch nicht mehr vor dem kongrepolnischen Revier halt. Die Gruben Mortimer und Klimontow sollen die ersten Opfer sein. Weitere werden folgen. Am kongrepolnischen Revier rächt sich jetzt die sinnlose Zerschlagung Oberschlesiens, durch die dem polnischen Staate ein Bergarbeiter zugestellt wurde, dessen Erziehbildung in den Werkschulen dieses Staates in keiner Weise angeregt ist. Ohne die Konkurrenz der oberschlesischen Kohle würde das Sosnowitz-Dombromber Revier im polnischen Staate einen gesicherten Absatzmarkt besitzen, der es ihm ermöglichen würde, die aufsteigende Konkurrenz der Vorkriegszeit fortzusetzen. Unter dem Druck der oberschlesischen Konkurrenz; aber wird der altpolnische Bergbau jetzt in den Strudel des allgemeinen Niederganges hineingezogen.

daß die Rettung der von Wolschewski und Polen bedrohten Provinzen nicht fonderlich schwer ist. Die Kette hat Gruppen genug, ein paar Divisionen aus der Westfront können bald herausgezogen sein.

Bedrohlich genug ist die Lage im Osten. Laut Weisung der Entente sollen dort die Gruppen an der Front beiseite werden, man fürchtet ein Übergreifen des Bolschewismus nach Westen; die Gruppe ist aber nicht mehr zu halten. Was soll sie in Oestka, was in Marjodonien, was an der Berzina, was in Frieden ist? Einzig, der Norden hält, ja, General von Staff, der dort führt, bittet gar um weitere Truppen.

Aber im Rücken der Offfront, im Generalgouvernement Warschau, geht alles drunter und drüber, die Transportwege zur Front sind unterbrochen. Das noch in Deutschland die roten Fahnen wehen, waren die 16 000 Mann des Guarantours von Wolscher bereits unter polnischen Übermacht von abtundend schlecht beschafften Aufständischen gemieden. Auch der Polnische Staatsrat, der den weidenden Deutschen die reibungslose Durchführung der Rücktransporte versprochen hatte, schien die Führung aus der Hand verloren zu haben. Das von den Generalen von Wolscher in Warschau und Ruik in Lublin am 5. November 1916 ausgesetzte Königreich Polen schien nun, zwei Jahre später, auch im Hosenkessel des Deutschen Sozialenbruders mit zu vergehen.

Schon ist die Stunde Pilsudskis. Der fünfjährige Veteran hat für keinen Rebellenkampf gegen Ausland als Waffe die polnische Idee ergriffen, als ihr netzliche Verhärterung gegen das Garentum und Sozialismus. Jung, plünderer russische Polynise, um die Bewegung zu finanzieren. Er kennt die russischen Gefängnisse, kennt Sibirien. Im Russisch-Japanischen Kriege ist er in Japan und verhandelt über einen Polenaussfall. Als der große Krieg ausbricht, zieht er in Galizien die Polnische Legion zusammen und „kämpft“, ohne sich den Gruppen der Mittelmeeres einmischend, bis selbst den Offizieren die Hände hinter den Rücken heranzumalende Spode sieht, und wie sie ihr die Anerkennung verlangen. Man verlangt von der Legion die Verbringung, man verlangt, Anfang 1917, von dem erfundenen Bundesgenossen Polen seine klare Eingliederung in die Front der Mittelmeeres. Pilsudski denkt nicht daran. Der russische Skute entronnen, verlangt ihn nicht nach Unterordnung unter die Diktatur der um ihr Leben kämpfenden Deutschen und Österreicher. Seit Beginn des Jahres 1917 Mitglied des provisorischen Polnischen Staatsrats, wünscht er die Seinen im Schutz der verbündeten Fronten, im Frieden, zu erhalten. Er bewirkt die Verbringung der Legion. Das ist selbst der langen Schwand der Deutschen Regierung wieder, sie interessiert Josef Pilsudski in der Festung Magdaberg und rehabilitiert ihn damit vor Dmowski und Paderewski, die auf der Seite der Entente für Polen mit dem Maule kämpfen. (Sortierung folgt.)

„Wie ist das nun, Franz? Du mußt doch noch ein Semester praktisch arbeiten. Muß nun der Poller sagen: wollen Herr Deutnant bitte etwas mehr Ralk in den Mörlet nehmen?“

„Eine Stunde vergeht in Seitsheit und Wärme, aber Franz Kerber ist unruhig, seine Blicke luden immer wieder die Uhr.“

„Wir sind wohl sehr langweilig, wie?“ rüht Fete.

„Nein, befindet nicht. Aber... ich bin wie ein müder Gaul... zum Schluss geht's doch Trub, der Stall nicht...“
 Franz Kerber bekommt aus dem Bekleidungsfall Herrn Rosowiski eine Summe, die den Weg nach Groß Wals, die letzten zehn Kilometer, zu bewältigen vertritt. Im Schritt geht's die steilen Serpentinien hinauf zu der Sesse Courbriere, die der Alte Fritz schuf und die noch nie in Seinsbesand fiel. An den mächtigen Wällen nagte ein vergeblich Kapotonen Markt, General von Courbriere mochte hier des Königs von Preußen letzten Welsch. In die letzten Kojewatten brumte später Fritz Reuter seine „Festungsstüb“ ab. Nichts hind die Wälle vor den heutigen Waffen, aber was sind Wälle, denkt der Deutnant, an es vornehmend den Sakenkron der Westonen verläßt. Das Herr ist es, was Sehlungen verhältig.

Im großen Licht des Rosenbergtages läßt er die Stute traben. In den hohen Sandbänken am Ufer des Stronus klebt ein Fischebord. Vorwärts, hinter weiter Seene ragen die Wolger Berge. Dülfer grüßt hoher Wald vom anderen Ufer. Es ist windstill, schwarz und ohne Leben liegt die Fläche. Ju den Wagenputzen des Wagens perkürt Eis.

Als sie den Sehlweg hinaufkletterten, ward schimpfend eine Krabenhäher über rechte Drahterhane.

„Jetzt, heh...“, dankt der Reiter. Er meint den Atem anhalten zu können. Die Verbindung des Weges öffnen sich, weit darf der Blick fliegen über die Weichselmündung, weit nach Norden bis zu den Eudenen von Teunenburg, weit nach Süden bis zu dem Schloßberg von Grünen... Aber der Fete sucht zwischen dem Schößen da unten, sucht nach einer kahlen Doppelgänger.

„Schneider, faules Vieh!“ Der Suchs macht einen erschrockenen Satz und jogt hinunter.

Das Abenteuer eines Soldatenrats.

Mitten im Rückzuge des Deutschen Heeres aus Frankreich erhält General von Bergmann die telegraphische Aufforderung des Kriegsministeriums, sofort nach Berlin zu kommen; es handele sich um die Zusammenziehung von zuverlässigen Truppen zum Schutz der Ostprovinzen.

Der General fährt ab und nimmt den Generalstabsmajor Wagner mit, einen Westpreußen, der mit den Offizieren besonders vertraut ist. Dohnagunsooll kommen sie nach Berlin. Sie sind sich darüber klar,

Osthilfefragen.

Elbinger Denkschrift über Trockenlegung des Frischen Hafes.

Die Frage der Trockenlegung des Frischen Hafes, mit der sich die Gagesperre schon häufig befaßt hat, ist durch eine vom Tiefbauamt der Stadt Elbing kürzlich vorgelegte Denkschrift wieder aktuell geworden. (Bearbeiter: Stadtbaurat Dipl.-Ing. Dromota und Stadtbauinspektor Dipl.-Ing. Gauer.) Von allen bisher vorliegenden Plänen verdient diese wegen ihrer sorgfältigen Bearbeitung das größte Interesse. Der Plan des Elbinger Tiefbauamtes, erläutert durch 22 Exkursionsblätter und 14 Karten- und Plananlagen, sieht folgende Gestaltung vor: Die Zehrung als natürlicher Wall wird die drei zu benutzenden Volder gegen die See schützen, und ein großer Deich parallel zur Seelandsküste, der bei Kreuzung und Bodenwinkel an die Zehrung anschließt, wird die Begrenzungslinie der Volder und des Kleinflößfahrtesgebietes bilden. Innerhalb dieses künstlichen und natürlichen Ringes liegt der aus mauerbauähnlichen Gränden zu unterteiler Boden der Volder, die selbständige Entwässerungssysteme mit insgesamt fünf elektrisch betriebenen Schöpfwerken besitzen. Dieser Plan beruht die Mitbehebung des Königsberger Hafes und die Aufhebung der Wehre nicht mit ein. Die Abführung der in das Hafes einfließenden Flußwassermaßen (Elbinger Weisse, Elze, Rogat, Elbina, kleinere Zuflüsse) und die Richtbehinderung der Kleinflößfahrt für den Transport von Massengütern sind sorgfältig berücksichtigt worden. Vor dem westlichen Teil des Hafes gelegenen Stromerwidrergebiet (Weisse-Rogat-Delta) wird ein Kanalbau die Wallerinnen aufnehmen und dann durch den neuen Seekanal über Koblberg (Zehrungsdurchfluß) zur Ostsee ableiten. Dieser Kanalbau findet seine Fortsetzung im Küstensenkanal, der gleichzeitig die Kleinflößfahrt nach allen Richtungen, nach Elbing und nach Dampzig dient und dessen Ausmessungen (300 bis 400 Meter Breite) so gestaltet worden sind, daß auch der alte Segelbetrieb noch fortgeführt werden kann. Es tritt also gewissermaßen nur eine Zerteilung der Fahrrinne aus der Mitte des Hafes zur Küste hin ein. Für das Wirtschaftsleben Elbings ist die Durchstichung der Zehrung bei Koblberg von großer Bedeutung, weil damit eine wesentliche Wegverkürzung eintritt und außerdem Schiffe mit größerem Tiefgang den Elbinger Hafen erreichen können. Zwischen dem westlichen und dem mittleren Volder wird ein Kanal befestigt, der im Koblberger See endet und dann die durch befestigte konstruierte Molenbauten gestaute Zehrung durchfließt.

Die Trockenlegung würde 218 000 Preußische Morgen Kulturland bringen, die einen Siedlungs- und Abwehrungsraum für 150 563 Millionen darstellen. 900 Volder mit 12 200 Morgen, 242 Baggerwerke und Flüsse mit 5 fünf Morgen 322 Kleinagerntebänne, Bäume und ähnliche Vorteile. Die Kosten würden den Morgen ohne Seebaukosten mit 150 RM. belaufen. Die Gesamtkosten für die Behebung — einschließlich Ausbau des Graben- und Wegesetzes in dem Volder, der Klappbrücken über die Kanäle, der Schöpfwerke usw. — werden sich auf 45 Millionen belaufen, die durch die Rückzahlung aus der wertschöpfenden Arbeitslosenfürsorge um 12,5 Millionen gesenkt werden könnten, so daß sich als Schlussumme 32,5 Millionen errechnen läßt. Nach dem Umfange des Projektes ist mit einer Dauer von 10 bis 12 Jahren zu rechnen, die beim Einlage eines 300tägigen Arbeitslohns für 170 000 Tagewerke ergeben. Einmal Dauer der Arbeit von sieben Jahren können also rund 3000 Arbeiter jährlich beschäftigt werden.

Die volkswirtschaftlich wesentlichen Werte lassen sich durch eine Gegenüberstellung des gegenwärtigen Siedlerertrages und der zukünftigen landwirtschaftlichen Produktion leicht herausfinden. Jetzt leben 630 Siedlerfamilien mit einer Bruttoeinnahme von 1,26 Millionen (auf die zu bedeutende Fläche umgerechnet) kümmerlich mit Hilfe von Unterstützungen aus der öffentlichen Hand von der Fischerei im Haff. Im trockengelegten Haff können 13 000 Siedler nach Jahr vorjähriger Schätzung 42,12 Millionen Bruttoeinnahmen aus dem Boden herauswirtschaften. Die Frage der Siedlerumsiedlung und der Ablösung der Siedlerertragslose erhebt in diesem Zusammenhang unschwer lösbar. Die Bearbeiter der Denkschrift sind der Ansicht, daß kleinsindige, aus einer Individualisten wirtschaftspolitischen Haltung entspringende Bedenken und alle Kulturfortschrittshinweisen müssen, wenn es sich um die Reuanfrucht und Vergrößerung eines Wirtschaftsraumes im Osten des Reiches handelt.

Universität und Technische Hochschule in Breslau.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat die kommissarische preussische Staatsregierung beschlossen, von einer vollständigen Verschmelzung der Universität und der Technischen Hochschule in Breslau am 1. April 1935 ab zu verzichten und die engere Verbindung der beiden Anstalten nachstufenweise durchzuführen. Um die Einrichtungen beider Hochschulen besser auszunutzen und weiter ausbauen zu können, sollen zunächst die Haushalte der beiden Anstalten und die Ver-

waltung vereinigt und einzelne Institute zusammengelegt werden. Dagegen behielten die Anstalten vorläufig ihren bisherigen Namen und ihre korporative Selbständigkeit.

Arbeitsdienstpflicht kommt.

Der neuernannte Reichskommissar für den Arbeitsdienst, Studienrat Mahabuk, teilt mit, daß alle zur Mitarbeit und Entsendung über den Arbeitsmarkt berufenen Stellen bei ihren letzten Beschreibungen die Arbeitsdienstpflichtige Auffassung über die Gestaltung des Arbeitsdienstes gemessen seien. Schon in den nächsten Tagen werde die Arbeitsdienstpflicht als Bestandteil eines Gesamtplanes zur Behebung der wirtschaftlichen und sozialen Not beschlossen werden. In den verschiedenen Beiräten würden dann sofort die vorhandenen Vorkriterien eingeteilt werden. Es sei selbstverständlich, daß auf die Männer, die sich im freiwilligen Arbeitsdienst in vielen Jahren Erfahrung und Verdienste erworben hätten, nicht verzichtet werden könne, sondern daß nur Lat und Leistung zu entscheiden haben. Schon in 5 Monaten hoffe man, organisatorisch so weit zu sein, daß genutzten Vorkriterien vorhanden seien, um bereits ganze Jahrgänge zur Arbeitsdienstpflicht einzuberufen. Die Arbeitsdienstpflicht habe die große Aufgabe, zur Pflicht gegenüber Volk und Vaterland zu erziehen und die Erkenntnis zu wecken, daß Arbeit nicht ein notwendiges Übel, sondern ein Segen sei. Die gewaltige Kraft der Arbeitsdienstpflicht werde eingesetzt in den Dienst der Bodenkultur (Solankultivierung, Meliorationen, Aufforstung) und andere wichtige Arbeiten, wie z. B. Hochwasserbau. Die sich daraus ergebende landwirtschaftliche Schulung vieler Männer kam der Siedlung und damit dem national- und bevölkerungspolitischen Gedanken zugute.

15 Millionen für die gewerblichen Gläubiger.

Zur teilweisen Deckung des Ausfalles, den die gewerblichen Gläubiger im Obligationenentlastungsverfahren erlitten haben, sind bekanntlich 15 Millionen bei der Bank für deutsche Industrieforderungen zur Verfügung gestellt worden. Diese Summe soll, wie kürzlich mitgeteilt wurde, in erster Linie dazu verwendet werden, die Differenz zwischen der Wertung der Forderungen landwirtschaftlicher Genossenschaften, die in Höhe von 70 v. H. erfolgte, und der Forderungen gewerblicher Gläubiger, die durchschnittlich nur zu 50 v. H. erfolgte, auszugleichen. Die gewerblichen Gläubiger sollen danach also im Durchschnitt ebenfalls zu etwa 70 v. H. ihrer Gesamtforderungen befriedigt werden.

Insoweit den interessierten Gläubigerkreisen und der Industriebank sind über den Kreis der in Betracht kommenden Gläubiger und das Verteilungsschema folgende Richtlinien vereinbart worden: Hinsichtlich des Personalereffektes ist vereinbart, daß die Zahl der Empfänger des Ausfalls bei solchen Gläubigern in Betracht kommen soll, denen am 26. Oktober 1932 Forderungen an den Unternehmer eines im Obligationenentlastungsverfahren landw. fortwirtschaftlichen oder gärtnerischen Betriebes zuzurechnen, über den vor dem 26. Oktober 1932 das Entlastungsverfahren eröffnet und wobei der Entlastungsantrag abgelehnt nach der Entlastungsplan bestätigt oder genehmigt war.

Die zu berücksichtigenden Forderungen müssen folgende Voraussetzungen erfüllen: Sie müssen nach dem Willen der Parteien in einem wirtschaftlichen Zusammenhang mit einer Forderung oder Leistung des Gläubigers stehen und aus Warenverkehr oder gewerblichen Leistungen entstehen sein. Ausgeschlossen sind Forderungen nicht betriebswirtschaftlicher Art (privater Gläubiger (Arzte usw.), Realkaufverpflichtungen usw.), sowie Forderungen von Banken, Sparkassen und Genossenschaften. Die Gläubiger erhalten von der zuständigen Landesstelle eine Bescheinigung darüber, mit welchem Betrage und welchem Prozentsatz ihrer Forderung sie im Entlastungsverfahren ausgeschlossen sind; diese Bescheinigung ist der Industriebank einzureichen, die dem Gläubiger den Unterliebsbetrag zwischen seiner Akkordquote und 70 v. H. seiner ursprünglichen Forderung, höchstens jedoch 20 v. H. der Forderung ausstellt. Die Unterliebsquote ergibt sich aus dem Rest und dem solange der 15-Millionen-Summe reicht. Sollten die bereitgestellten Mittel nicht voll in Anspruch genommen werden, so werden die Restmittel in erster Linie dazu benutzt werden, in besonderen Fällen wirtschaftliche Härten, die gewerbliche Gläubiger im Entlastungsverfahren erlitten haben, auszugleichen.

Ein neues Staubecken für die Ober.

Mit dem Bau eines neuen Staubeckens zur Sicherung von Südbauern für die Ober im Tale der Malapan bei Curama wird noch im Sommer dieses Jahres begonnen. Von den 28 Mill. RM. Baukosten sind bereits 2 000 000 RM. in den neuen Restetzel für dieses Jahr eingestrichelt worden. Das Wasserbauamt in Oppeln ist beauftragt, zunächst die Vorarbeiten zu leisten, doch wird später ein selbständiges Bauamt für den Bau des neuen Staubeckens errichtet werden. Das neue Staubecken soll für 90 Millionen in Kubikmeter Zuschußwasser errichtet werden und wird eine Fläche von etwa 2500 Hektar zwischen dem Walmerke Jähle und Curama im Opatow ausbauen, wobei der Staubecken bis auf einige hundert Meter an dem Grafen Garnier gebührende Schloß Curama heranzubringen wird. Dieser Staubecken wird zuerst in Angriff genommen werden, wobei damit zu rechnen ist, daß etwa 1000 Arbeiter Beschäftigung finden werden.

Von den Polen in Deutschland.

„Sieg“ oder Niederlage?

Bekanntlich haben die Polen bei den Wahlen am 5. und 12. März im Vergleich zum 9. November v. J. einen geringen Stimmenzuwachs zu verzeichnen. Von der Polenbandpresse wird daraus natürlich ein „Sieg“ der Polenliste gemahnt. Man muß jedoch, diese Leute nicht belächeln. Interessanter als das, was die Polenbandpresse, von der man natürlich nicht erwarten kann, daß sie sich selbst kritisiert, über den Wahlausgang schreibt, sind die Kommentare der oppositionellen Polenpresse. Der „Głos Polski“ in „Berlino“ weist darauf hin, daß die Polenbandzentrale bei diesen Wahlen ein Bündnis mit den polnischen Sozialisten in Deutschland eingegangen sei. Darauf, meint er, sei die Synthese der Polenstimmen, namentlich in den Jagiellonenkreisen, zurückzuführen. Festgestellt werden muß auch, daß außer den polnischen Sozialisten sich diesmal auch die übrige Opposition an den Wahlen beteiligt hat. Das seit einiger Zeit in Oppeln erscheinende oppositionelle „Polenblatt“, der „Kotolik“, hat gemeinsam mit der Polenbandpresse für die „Polnisch-katholische“ Liste geworben. Man kann also feststellen, daß für die Wahlen am 5. und 12. März, namentlich in Oberhessien, eine Art polnischer „Einheitsliste“ existiert, bei der sich die Polenbandliste nicht mehr, wie es im letzten Jahre hätte getan hat, darauf berufen kann, daß die Opposition für Stimmhaltung eingetreten sei und dadurch die sog. „polnische Volksgemeinschaft“ bei den Wahlen empfindlich geschwächt habe. Jetzt sind tatsächlich die letzten Reserven aufgegeben worden. Und doch ist das Ergebnis für die Polenliste recht kläglich. Die „Polonia“ spricht denn auch hinsichtlich der Reichstagswahlen mit Recht von einer „Wahlniederlage der Polen im Oppelner Schlesien“. Und der Krakauer „Głos Karodni“ schreibt: „Man kann diese Niederlage nicht mit dem Terror erklären ... Leute, die für Bitterkeit kämpfen, kann man nicht als terrorisierte Polen ansehen. Das sind entweder schon Deutsche oder bestenfalls irreführende (b) Polen, die sich auch der polnischen Sprache bedienen, aus Überzeugung aber Stillen wählen.“

Auch der Oppelner „Kotolik“, der sich — wie gesagt — für die „Polnisch-katholische“ Liste eingesetzt hatte, schreibt über das Wahlergebnis in seiner Nummer vom 12. März u. a.: „Über die Niederlage, die uns der letzte Sonntag gebracht hat, dürfen wir nicht ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen. Wir müssen uns nicht auf einen hindereinstimmen, die mit dem Terror u. s. w. die Schuld zu schieben.“ Der „Kotolik“ ist der Ansicht, daß die „zur Erlangung des Sieges vorhandenen Möglichkeiten“ nicht erschöpft worden seien. Nach Ansicht der Opposition ist die Schuld an der neuen Wahlniederlage bei der Polenbandzentrale zu suchen, die hier wieder einmal ihre ganze Unfähigkeit, die sog. „polnische Volksgemeinschaft“ für die polnische Sache zu mobilisieren, bewiesen habe. Man verachtet dort also wieder, sich hinter diese bequeme „Volksgemeinschaft“ zu verbergen und sich auf Kräfte zu berufen, deren Nichtvorhandensein nun doch wirklich als erwiesen gelten kann.

„Deutsche“ Gemeindevorteiler.

Die „Märkisch-Polener Zeitung“, Merseburg, schreibt: „Zu den Gemeindevoteilern am 12. März hatten die Polen in Krainitz keine noch außen hin als polnisch bezeichnete Liste eingereicht. Sie erschienen in Earnung mit der „deutschen“ Bauern- und „deutschen“ Arbeiterliste und erlangen in der Wahl auf der ersten

Liste drei, auf der zweiten zwei Vertreter. Mit diesen fünf Sigen haben sie in der Gemeindevoteilung die Mehrheit gegenüber den Deutschen, die auf ihrer Liste nur vier Vertreter erlangten. Denn daß die Wähler der „deutschen“ Bauern und der „deutschen“ Arbeiter nicht als deutsche bezeichnet werden können, beweisen nicht allein die Namen, sondern auch die bisherigen Katen der Gewählten auf diesen Listen. Zu diesen „echten Deutschen“ gehört August Kubik. Er bekräftigt sein Deutschtum dadurch, daß er Mitglied des polnischen Schulvorstandes ist und sein Kind in die polnische Mindererschule schickte. Da ist ferner Valentin Sikuczinski, der seinen Sohn Vincent so sehr deutsch erziehen hat, daß er für den polnischen Nachrichtendienst tätig war. Bekanntlich wurde er vor wenigen Monaten wegen Teilnahme an dem Jülichauer Sprengstofffall zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Auch Johann Kuchli und Jakob Salsak schicken ihre Kinder in die polnische Mindererschule. Und dann ist da noch als fünfter Peter Rydzynski. Von ihm weiß man, daß er im polnischen Aufstand als Jungerat gegen den deutschen Grenzschutz kämpfte. Diese fünf Gemeindevoteiler wollen nun den Gemeindevorsteher und den ersten Schöffen wählen. Der bisherige polnische Gemeindevorsteher Albert Kubik soll wieder auf den Schild gehoben werden. Als erster Schöffe soll Bruno Kubizki ihm zur Seite treten, der sich vor vier Jahren noch öffentlich rühmte, gegen deutsche Grenzschutzkämpfer mit Revolvern gekossen zu haben. Man hat gegen ihn auch den Verdacht, daß er im polnischen Aufstand an dem Überfall auf Reutkramps, bei dem drei deutsche Offiziere auf bestialische Art ermordet wurden, beteiligt gewesen ist.

Die „M. P.“ bemerkt hierzu u. a.: Es geht auf keinen Fall, daß frühere polnische Jungeräte Gemeindevoteiler in einer deutschen Gemeinde sind und daß die Minderheit mit Hilfe ihrer Stammesgenossen die Deutschen in diesem deutschen Dorfe terrorisieren. Es sei notwendig, daß hier die Behörden einmal eingreifen. Am vor vier Jahren eine Abordnung der Krainitzer Deutschen beim Landrat in Jülichau die Befähigung Kubiks vermindern wollte, habe sie zur Antwort bekommen: „Ich kann dagegen nichts tun, ich muß Kubik beifügen.“ Jammern seien die Zeiten ja anders geworden. Bürokratische Engheit lasse sich bei besonders gelagerten Verhältnissen und in besonderen Zeiten nicht immer vertreten. Es gehe hier um die Frage, ob überhaupt weiterhin noch Polen in den Gemeindevoteilungen in den deutschen Grenzgebieten erhalten und halten sollen, bei denen nicht durch ihr bisheriges Verhalten die unbedingte Gewißheit dafür gegeben sei, daß sie sich völlig loyal zum preussischen Staate verhalten und ihre Stellung nicht zu polnischen irredentistischen Bestrebungen mißbrauchen.

Polnischer Minderheits-Lehrer A. D. Agitator.

Wie „Der Gesellige“ meldete, ist bei dem Lehrer Dudyjak von der polnischen Minderheitsliste in Ries (Kreis Flatow) kommunistisches Propagandamaterial beschlagnahmt worden. Dudyjak ist in Schuytobt geboren. Die Entziehung der Unterrichtserlaubnis ist in die Wege geleitet. Anlässlich des überfalligen polnisch-kommunistischer Rendsies auf SA-Männer wurden durch Panzerabwehrbesatzung aus Flatow eingehende Untersuchungen vorgenommen und mehrere Personen aus Ries verurteilt. Es sollte sich hierbei heraus, daß der Lehrer der polnischen Minderheitschule, Dudyjak in Ries, seine Hand bei dem überfall im Spiele gehabt hat. Das Verlastungsmaterial gegen ihn wegen kommunistischer Umtriebe war bereit, daß er sofort mit noch zwei Angehörigen der polnischen Minderheit in Schuytobt genommen werden mußte.

Bücher zur Offfrage.

Deutschland zwischen West und Ost von Generaloberst v. a. Seeckt. Hanjaltische Verlagsgesellschaft Hamburg. Kartontiert, 1,50 RM., 45 Seiten. Es sind in den letzten Jahren zahlreiche Bücher und Schriften erschienen, die Tatsachen und Aufgaben des deutschen wirtschaftlichen und politischen Lebens vom Gesichtspunkt der Raumgebundenheit, der geographischen Lage des deutschen Volkes in Europa betrachten. Unter den Veröffentlichungen dieser Art hat die Schrift von Seeckt, obwohl ein besonderer Interesse beanspruchend, weil hier eine der führenden Persönlichkeiten des militärischen Kreises spricht, dessen Arbeit einer deutschen Verhängnis und Zusammenarbeit mit Rußland gilt. Seeckt erkennt die Möglichkeit einer deutsch-französischen Annäherung. Er bemerkt, daß England als Bundesgenosse im deutschen Befreiungskampf gegen Frankreich zu gewinnen sein wird. Er bekräftigt die Paralleltät der deutschen und italienischen Interessen und erklärt die Rolle Belgiens, der Schweiz und Österreichs in der großen Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Frankreich. Er charakterisiert treffend die Situation Polens im französischen Hegemonienkampf, das auf der Vermittlung eines Deutschland-angenehmen Versailleskrieges beruht. Dieser Gefahr der Zweifrontenkrieges, der allein geeignet ist, Deutschland über die Dauer niederzulegen und sein Volks- und Staatsgebiet vor dem Abwärtens her zu benagen und abzubrückeln, kann, wie Seeckt ausführt, nur dadurch begegnet werden, daß der Gegner auf einer dritten Fronten durch einen Dritten von Deutschland abgelenkt wird. Da es im Westen keine Macht gibt, die Deutschland dem französischen Druck befreien könnte und wollte, mußte Deutschland, um sich im Osten

zu erleichtern, den größten Wert auf eine behändige Zusammenarbeit mit Rußland legen, bezugnehmend es für Deutschland keine auf natürlichen Bedingungen stützenden Gelegenheiten gebe. Seeckt legt die Darlegungen seiner Schrift in die Worte zusammen, die er der deutschen Politik als Mahnung zuruft: „Haltet mir nur den Rücken frei.“ Dr. R.

Land in Ketten. Herausgegeben von Heinrich Becken. Verlag H. Bernken, Berlin. 160 Seiten. 2,00 RM. — Dieses reich bebilderte Buch enthält Beiträge von Dr. Franz Dittke, Dr. von Veers, Dr. Strunk, Carl Lange, Dr. Robert Ernst, Dr. Werner Wirths, Ernst Schröder, Hermann Jenseh und Dr. Schme. Es gibt eine voluminöse Darstellung des geraden Landes rings um die Grenzen des verfallenen Reiches. Es will wieder die Bünden aufreihen, die das Diktator von Versailles dem deutschen Staats- und Volkskörper geschlagen hat; aber nicht um nur Schmerz und Trauer der entsetzten Gebiete zu wecken. Darum ist ihm auch das Schicksal von Paris, Warschau, Danzig, dem der Wohlstand der Deutschen Ostlandes entnommen ist: „Was mit verloren haben, darf nicht verloren sein.“ In diesem Sinne ist es ein Mohn- und Kampfbuch, das eine lebendige Verpflanzung von dem Unrecht gibt, das dem Deutschen Reich in Versailles angetan worden ist, als von ihm in Ost, West, Nord und übersee reiche Gebiete losgetrennt wurden. Dr. R.



Ostbund = und Heimatnachrichten

Beilage zu Nr. 14 der Wochenchrift „Ostland“ des Deutschen Ostbundes / 1933.

Bundesnachrichten.

Achtung, Rundfunkbericht!

Am Freitag, dem 7. April, abends 7 Uhr, wird unser Präsidialmitglied Dr. Franz Eulke im Ostmarkenrundfunk über „Nationalsozialismus und Ostmark“ sprechen. (Vgl. dazu den Aufsatz im heutigen Hauptblatt des „Ostland“.)

Aus der Bundesarbeit.

Veranstaltungskalender.

Ortsgruppe Berlin-Ost: Monatsversammlung am Freitag, den 7. April, abends 8 Uhr, im Vereinslokal „Röpenicker Hof“.

Ortsgruppe Groß = Hamburg: Monatsversammlung am Sonntag, den 2. April, im Portier-Haus St. Pauli, Circusweg 1, nachm. 5 Uhr. Wahlen für verschiedene Ausschüsse.

*

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Der Landesverband Berlin-Brandenburg hat am 18. März im „Maa“ die ordentliche Hauptversammlung abgehalten, welche sehr gut besucht war. Der Landesverbandsvorsitzende, Herr Vater, hatte die Freude, neben den zahlreich Erschienenen auch die beiden Bundespräsidenten begrüßen zu können. Nach einem Austausch für die im Berichtsjahre verstorbenen Ortsgruppenvorsitzenden, der Herren Wiemann, Köpenick, und Schieps, Spandau, sowie des in voriger Woche während einer Präsidialfahrt im Deutschen Ostbund verstorbenen Präsidialmitgliedes Herrn Dr. Elm und nach einem eingehenden Bericht über die Schaffenskraft des Deutschen Ostbundes erachteten der Geschäftsführer, die Vorsitzende des Frauenbundes, Frau Conzke, und der Jugendleiter, Herr Baade, ihre Geschäftsberichte, die die Billigung der Versammlung fanden. Dem Vorstand wurde nach dem Bericht der Kassenprüfer Entlastung erteilt. Um in den Vorstand mehr Beweglichkeit hineinzubringen, wurde vorläufigsgemäß der Absatz 2 des § 12 der Satzung des Landesverbandes dahin geändert, daß der Verbandsvorstand jetzt auf je ein Jahr gewählt wird mit Ausnahme des 1. Vorsitzenden, dessen Wahlzeit zwei Jahre beträgt. Die Wahl hatte folgenden Ergebnis: 1. Vorsitzender Herr Vater, 2. Vorsitzender Herr Blum, Doberan, Geschäftsführer Herr Wilm, 3. Stellvertreter Herr Blume, Berlin, und alle Beisitzer die Herren Stephan, Baade, Kottau, Krüger und Hinz. Der geschäftsführende Vorstand besteht aus dem Herrren Vater, Blum, Schömer und Stephan. Als Vertreter zur ordentlichen Bundesversammlung wurden die Herren Blum, Baade, Kottau, Krüger, Wilm und Conzke gewählt, als Vertreterinnen des Frauenbundes im Vorstand Frau Conzke und Frau Blum, Berlin, als Jugendführer Herr Baade. Als Kassenprüfer wurden die Herren Dolling und Sinner gewählt, Stellvertreter sind Herr Strube, Köpenick. Die Beschwerdekommision besteht aus dem Herrren Stephan, Schüller und Einkopf. Sehr warm ferner Anträge zur Bundesversammlung und Einlösung der Gymnastiknoten nach Verstoßes bekannt. Herr Baade machte bekannt, daß die Jugendgruppen Oster und vier eine Grenzmarkfahrt antreten, Absahrt Brändomernstog. Rechtzeitige Anmeldungen werden zu Händen des Herrn Baade erbeten. Frau Conzke sprach mit großer Wärme für die Kindererziehung und bittet gemäß den beiden überreichten Druckklagen um rechtzeitige Anmeldung bis Anfang Juli. Herrn Dolling, dem Mitbegründer der Ortsgruppe Berlin-Süd und langjähriger Kassenprüfer des Landesverbandes, wurde die silberne Ehrennadel überreicht.

Landesverband Niederthlesien.

Ortsgruppe Gelnitz. Die am 14. März im Saale der Brauhausmann abgehaltene Jahreshauptversammlung war gut besucht; sie wurde infolge Erkrankung des ersten Vorsitzenden, Studentent Schwam, vom zweiten Vorsitzenden, Landsmann Migg, geleitet. Nach Begrüßung der Anwesenden und vor Eintritt in die Tagesordnung wurde des Ablebens zweier Mitglieder, Frau Wild und Frau Vilsold, ehrend gedacht. Der Verammlungsleiter brachte die an den Vorstand gerichteten Schreiben und die mitgliedlichen Bekanntmachungen aus der Bundesjahrchrift „Ostland“ zur Kenntnis der Mitglieder. Ganz besonders erwähnte er das in der Bundesjahrchrift veröffentlichte Schreiben des Bundespräsidenten an den Reichskanzler Wolff Hitler und das Antwortschreiben der Reichskanzlerin an den Bundesvorstand; beide wurden eingehend besprochen. Die Teilnahme an dem Feste der in der Ortsgruppe bestehenden Frauengruppe am 25. März im Saal der Brauhausmann, an dem Erneuern des Jugendbundes am 1. April im Saale Café Nauß und an dem Vorbildberochtrag „Ahringisch-fränkische Siedlung im Ober-Rothab-Gebirge“, veranstaltet von der Arbeitsgemeinschaft für Familienforschung in Gelnitz

am 29. März in der Ritterakademie, sowie Einladungen ergangen sind, wurde den Mitgliedern empfohlen. Bedauernd wurde, daß infolge Anzugs Austritte einzelner Mitglieder aus der Ortsgruppe erfolgt seien. Diese wieder der Ortsgruppe zuzuführen, auch für weitere Mitglieder zu werben, müßte Aufgabe eines jeden Mitgliedes sein, um so mehr, als der Vorstand bereit ist, notwendigen Mitgliedern bezüglich der Beitragsabhebung mitgeteilt entgegenzukommen. Der Stand der Schuldbuchforderungen wurde bekanntgemacht. Durch Vortrag zweier Bedingte, „Wahlball“ und der „Organist von Schmalkalden“ erntete Frau L. G. G. e. reißenden Beifall. Der vom Schriftführer, Landsmann Strick, erhaltene ausführliche Jahres- und Kassenbericht sowie der Vorschlag für das nächste Geschäftsjahr wurden von der Versammlung genehmigt und dem Schriftführer wurde Entlastung erteilt. Zurzeit hat die Ortsgruppe 304 Mitglieder. Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl sämtlicher ausgeübtenen Vorstandsmitglieder. Zur Ergänzung des Vorstandes wurden Landsmann Sperling und Landsmann Dientke, letzterer als zweiter Schriftführer, in den Vorstand gewählt. Mit einem Appell an die Mitglieder, in Treue zur Ortsgruppe zu halten, Referat für die Bundesjahrchrift und neue Mitglieder zu werben, schloß der zweite Vorsitzende die Versammlung. Nächste Monatsversammlung am 11. April d. J.

Landesverband Schlesien.

Ortsgruppe Breslau. In Vertretung des 1. Vorsitzenden, Herrn Dr. Hanow, eröffnete Herr Reg.-Ob.-Jup. König, der 2. Vorsitzende, die Versammlung mit herzlichem Begrüßungsworten. Nachdem der Redner eines verstorbenen Mitgliedes gedacht und neue Mitglieder begrüßt hatte, richtete er herzliche Glückwünsche an Frau Krause, die Vorsitzende der Frauengruppe, die in großer Reife und in Freude ihren 70. Geburtstag gefeiert hatte. Herr König brachte hierauf einen Bericht über Entscheidungsbefragungen. Sodann wurde beschlossen, aus der Bezirksliste für die Kinderhilfe Bromberg eine Spende bereitzustellen; die Frauengruppe schloß sich dem an. Redner sprach sodann über den Stand der Korridorfrage. Er zeigte in seinem sehr gründlichen und ausführlichen Vortrag, daß diese Frage, die zu den brennendsten der Gegenwart gehört, in den letzten Jahren und besonders in allerletzter Zeit den Gegenstand lebhafter Erörterungen bildet. Nicht nur der Deutsche Ostbund, für den das ja selbstverständlich ist, nein, in aller Welt, in Amerika, England und selbst Frankreich werden Stimmen laut, die dringend eine Revision der Ostgrenze fordern. Die Weingurg des Verleiser Schandvertrages, von seinen Schöpfern dazu erachtet, Deutschland auf ein jeines Kralen zu halten, ist im Wanken. Selbst eine französische Stimme spricht davon, daß Verträge nicht von ewiger Dauer sind, sondern sich dem Rhythmus im Leben der Völker anpassen müßten. Der Redner gab dann der Hoffnung Ausdruck, daß die neue Regierung, zu der man das Vertrauen haben könne, daß sie unsere nationalen Belange mit Nachdruck überall wahrnehmen werde, auch in dieser Frage tatkräftig vorgehen werde. Angesichts der bevorstehenden Wahl richtete der Redner an die Mitglieder die Mahnung, nur den notwendigen Parteien ihre Stimme zu geben. Die Versammlung dankte Herrn König herzlich für seinen Vortrag. Sodann wurde von Herrn Kutz noch über die Kassenrechnung berichtet. Er stellte fest, daß die Kasse gewissenhaft geführt wurde und vollständig nicht ergeben haben. Die Versammlung nahm von der Bestellung eines effizienteren Kassentis.

Landesverband Ostpreußen.

Die Ortsgruppe Rastenburg hielt am 27. Februar ihre gut besuchte Jahreshauptversammlung ab. Der 1. Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit einer Begrüßungsansprache. Aus dem von ihm erstellten Jahresbericht ging hervor, daß im verflochtenen Jahre Vorstandssitzungen nach Bedarf und Mitgliederzusammenkünfte monatlich (außer im Juli) stattgefunden haben. Am 28. Februar 1932 waren in Königsberg bei der Jahresversammlung unter Mitwirkung unseres Vorstandes verschiedene Entscheidungen an Bundespräsidentium und Regierung zustande gekommen. Am 16. Mai fand eine Pfingstzulammenkunft der Mitglieder und am 22. Mai eine Sammelreise im Schützenbunde statt. Vorträge wurden gehalten über Fritz Reuters Leben und Werke und über Södingen. Der Deutschen Bühne in Thorn konnten aus einer Sammlung 60 RM. übermietet werden. Aus dem vom Kassierer erstellten Kassenbericht ging hervor, daß im allgemeinen die Mitglieder ihre Beiträge pünktlich entrichtet hatten. Die Ortsgruppe hatte am Ende des vorigen Jahres einen Bestand von 121 Mitgliedern zu verzeichnen. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt und ihm der Dank für maßgebende Helfentätigkeit ausgesprochen. Bei der nunmehr stattfindenden Vorstandswahl wurde mit Ausnahme des Schriftführers der alte Vorstand wiedergewählt. Es konnten sieben neue Mitglieder aufgenommen werden. Darauf wurde ein interessantes Referat über das Thema: „Die deutschen Bühnen im entfallenen Weltpreußen“ gehalten. Der Vortragende gab zunächst ein Bild von der trübseligen Lage des Deutscheniums kurz nach der Übernahme durch die Polen; besonders trübsal los es auf kulturellem Gebiet aus. Schulen und Kirchen wurden enteignet und die deutschen Theater kursorband geschlossen. Um eine gewisse einseitige kulturelle Kompromitt zu schaffen, wurden unter größten Schwierigkeiten die

